

BAL

DUPLICATE  
HOOVER LIBRARY



LIBRARY  
JAN 11 1956  
UNIVERSITY OF CHICAGO

HOOVER  
LIBRARY

# Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 11

BERLIN, DEN 15. MÄRZ

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

## AUS DEM INHALT

Essen / I. T. Murphy: Die englische Arbeiterklasse und der Krieg gegen  
China / Sch.: Die II. Internationale „mit dem Gesicht China zu“ / H. W.: Die  
wirtschaftliche Lage Polens und der Abbruch der deutsch-polnischen Ver-  
handlungen über den Handelsvertrag / Peter Rodin-Berlin: Das Absatz-  
problem des deutschen Kapitalismus / Arthur MacManus / Minor: Der Tod  
des Hauptgründers der Kommunistischen Partei Amerikas / Bücher und

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927  
HEFT 11 15. MÄRZ

## I N H A L T

	Seite
Essen . . . . .	505
Murphy: Die englische Arbeiterklasse und der Krieg gegen China . . .	508
Sch.: Die II. Internationale „mit dem Gesicht China zu“ . . . . .	514
H. W.: Die wirtschaftliche Lage Polens und der Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen über den Handelsvertrag . . . . .	520
Rodin-Berlin: Das Absatzproblem des deutschen Kapitalismus . . . . .	525
Gorin: Die Arbeiterräte in der Februarrevolution . . . . .	533
Murphy: Arthur MacManus . . . . .	541
Minor: Der Tod des Hauptgründers der Kommunistischen Partei Amerikas . . . . .	545
Lada: Die Geschichte des Internationalen Arbeitsamtes oder der betrogenen Arbeiterleutnants der Bourgeoisie . . . . .	550

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband . . . . .	" 0,40
Postabonnement monatlich . . . . .	" 1,-
Per Kreuzband monatlich . . . . .	" 1,25
Postabonnement Quartal . . . . .	" 3,-
Ausland: Sowjet-Union . . . . .	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten . . . . .	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

**VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY**  
HAMBURG BERLIN

## E S S E N

An dem Tage, an dem diese Zeilen gedruckt vorliegen, wird der 11. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands seine Arbeiten beendet haben. Der Essener Parteitag der revolutionären Vorhut des deutschen Proletariats ist von großer internationaler Bedeutung.

Die Aufmerksamkeit der internationalen Arbeiterklasse richtete sich im vergangenen Jahre auf drei Hauptträger der Weltrevolution — auf die Sowjetunion, auf das erwachende China und das englische Proletariat. Aber es wäre eine unendlich verhängnisvolle Verirrung, die internationale Rolle Deutschlands und seiner revolutionären Bewegung zu unterschätzen. Die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus bedeutet eine wesentliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse auf der Bühne der Weltpolitik; sie ist eine der allerwichtigsten neuen Erscheinungen in der Weltsituation, ohne deren Berücksichtigung es der Kommunistischen Internationale unmöglich wäre, die „Außenpolitik“ des revolutionären Proletariats richtig zu bestimmen. Schon allein durch das Wiedererwachen der außenpolitischen Aktivität der deutschen Bourgeoisie wird die wachsende Bedeutung ihres Klassenantipoden und seines Kampfes bestimmt.

Nicht minder groß ist auch die internationale Bedeutung der Verschärfung der Klassegegensätze in Deutschland, die in Verbindung mit der auf Kosten der Arbeiterklasse und der breiten Schichten der Bauernschaft energisch durchgeführten kapitalistischen Rationalisierung in Deutschland mit aller Klarheit zutage tritt und die auch der nächsten Entwicklungsperiode dieses Landes ihren Stempel aufdrücken wird. Nur Unwissende und den Massen entfremdete Doktrinaire vom Typus eines Weber können heute die Teilstabilisierung des deutschen Kapitalismus leugnen, und nur kleinbürgerliche Romantiker anarchistischer Observanz könnten heute die deutschen Arbeiter zum unmittelbaren Sturz der Bourgeoisie auffordern. Andererseits aber können nur die ideologischen Bundesgenossen Webers aus den Reihen der ultralinken hoffnungslosen Konfusionsräte und Renegaten, wie der saltsam bekannte Maslow, Hand in Hand mit den Menschewisten aller Länder und Schattierungen die deutsche Revolution auf beinahe Jahrzehnte hinaus für unmöglich erklären. Die deutschen Kommunisten haben keinerlei Grund zu Pessimismus und Liquidatorentum. Die kaltblütigste Analyse der wirtschaftlichen Lage und der Klassenverhältnisse im Lande Hindenburgs beweist, daß Deutschland in der Reihe der „vorgeschrrittenen“ Länder des entwickelten Kapitalismus als eines der ersten für die Weltrevolution in Betracht kommt.

Ein weiterer Umstand noch muß die Blicke des vorgeschrittenen Proletariats aller Länder auf Essen lenken. Die von Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründete deutsche Sektion ist die zweite (nach der KP der SU) „Großmacht“ in den Reihen der Komintern. Sie ist Großmacht im Sinne ihrer Kraft, ihrer Erfahrungen, ihrer theoretischen und praktischen Schulung. Die glorreiche Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, angefangen mit

dem „Kommunistenbund“ von Marx und Engels und der revolutionären Tätigkeit Lassalles, Bebels und Wilhelm Liebknechts, ist durch den Verrat der deutschen Sozialdemokratie, ihre Entartung in eine Partei der bürgerlichen Konterrevolution und des Imperialismus nicht aus der Geschichte gestrichen. Die wahre Trägerin der theoretischen und praktischen revolutionären Ueberlieferungen des deutschen Proletariats, die wahre Fortführerin des Werkes der großen Lehrer der deutschen Arbeiter ist unsere Kommunistische Partei. Diese Partei ist in jüngster Zeit schon durch das Feuer revolutionärer Schlachten gegangen, die mit flammenden Zeichen in die Geschichte der Weltrevolution eingetragen sind. So wie sie ist, mit allen ihr noch anhaftenden Mängeln und Schwächen, ist die KPD dem Urbild der leninistischen eisernen Kohorte näher gekommen als alle anderen Parteien des europäischen Proletariats. Diese Partei, die die Erfahrung der internationalen Bewegung auf das sorgfältigste einschätzt, kann die Bruderparteien der anderen Länder manches lehren.

Der Essener Parteitag tritt zusammen in einem Zeitpunkt, wo sich vor der KPD eine Reihe neuer großer Aufgaben erheben. Die chinesische Revolution wird immer mehr zum Kampfobjekt zwischen dem europäischen Proletariat und der europäischen Bourgeoisie. Der Zusammenbruch des Einflusses des britischen Imperialismus in China ist seinerseits eine der wichtigsten Ursachen der erneuten Verschärfung der Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die englischen Konservativen, die die proletarische Revolution mit Waffengewalt niederschlagen möchten, alles tun und tun werden, um Deutschland in den aktiven Kampf gegen den Arbeiterstaat hineinzuziehen. Die endgültig in eine Partei der Konterrevolution und des Imperialismus ausgeartete deutsche Sozialdemokratie tritt im Bunde mit Korsch, Maslow und Co. als ideeller Agent Chamberlains auf, indem sie eine wütende Kampagne gegen die USSR führt. Verteidigung der chinesischen Revolution vor der Intervention der Großmächte, Unterstützung des Kampfes des chinesischen Proletariats um seine Hegemonie in der Revolution, um den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg derselben, Verteidigung der Sowjetunion vor Intervention, Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Kriegsgefahr im Osten und in Westeuropa, eine wahrhaft bolschewistische Propaganda und wirklich revolutionäre praktische Arbeit in bezug auf diese Fragen — dies sind heute die Hauptaufgaben der Partei auf internationalem Gebiet.

Die jüngsten innerpolitischen Ereignisse in Deutschland haben den Beweis für die Richtigkeit der These Lenins vom unvermeidlichen Zusammenhang zwischen Imperialismus und Reaktion erbracht. Die Bildung einer Bürgerblock-Regierung, dieser scharfe Ausdruck der Diktatur des Finanzkapitals im Bunde mit dem preußischen Junkertum, verschärft zweifellos die Klassenbeziehungen im Lande, da sie eine verschärfte Offensive des Kapitals an der politischen und wirtschaftlichen Front bedeutet. Die Arbeiterklasse Deutschlands überwindet immer mehr die Depression und Passivität, die eine Folge ihrer 1923 erlittenen schweren Niederlage waren. Sie ist noch nicht zur Offensive gegen die Bourgeoisie übergegangen, doch geht sie bereits zur aktiven Verteidigung über, auf deren Grundlage sich augenblicklich eine neue Sammlung der revolutionären Kräfte vollzieht. Die Volksabstimmung gegen die Fürstenentschädigung, der Ham-



burger Streik, der Kongreß der Werktätigen, eine Reihe bedeutender wirtschaftlicher Konflikte der letzten Wochen, das Anwachsen der Oppositions Stimmung in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften, die Wahlsiege der KPD usw. — dies alles sind Anzeichen einer Belebung und Verschärfung des Klassenkampfes auf dem Boden der sich zuspitzenden Widersprüche der Teilstabilisierung des Kapitalismus. Die schwerste Periode ist bereits überwunden, die KPD betritt die Heerstraße des Massenkampfes, in dessen Verlauf sie die Arbeiterklasse zu einer neuen Revolution vorbereiten und ausrüsten wird.

Innerhalb der Partei bedeutet der Essener Parteitag den Abschluß einer ganzen Periode eines erbitterten ideologischen und organisatorischen Kampfes. Sowohl die rechten Abweichungen der Brandler-Thalheimer-Gruppe als auch das ultralinke Renegatentum von Korsch, Maslow und ihren Freunden sind in diesem Kampfe aufs Haupt geschlagen worden. Die leninistische Linie in der Partei hat zur Stunde des Essener Parteitages auf der ganzen Front gesiegt. Natürlich wird die rechte und die ultralinke Gefahr auch nach dem Parteitag nicht ganz verschwinden, und die letzten Kämpfe werden selbstverständlich dort ihren Nachhall finden, wobei sich das Hauptfeuer gegen die Ultralinken richten wird. Doch in der Hauptsache ist für die Partei die Zeit unaufhörlicher Diskussionen, die Zeit des Fraktionskampfes zu Ende und sie geht zur Geschlossenheit und Einheit der Parteilinien auf Grund der leninistischen Position der Komintern über. Neben allen negativen Seiten hat der innere Kampf in der Partei zweifellos auch eine Reihe positiver Resultate gezeitigt — Hebung des theoretischen Niveaus der Mitgliedschaft und des Aktivs, Klarstellung einer ganzen Reihe grundlegender Fragen internationaler und deutscher Politik, erhöhtes Verständnis für die grundlegenden Prinzipien der bolschewistischen Organisation. Dies alles diente zur Grundlage für eine geschicktere Anwendung der Einheitsfronttaktik, für eine verstärkte Arbeit in den Gewerkschaften und für die Umstellung der Partei auf Betriebszellen. So versammelte sich die KPD zu ihrem Essener Parteitag ideell und organisatorisch gefestigter als je zuvor.

Zweifellos wird der Essener Parteitag scharfe Waffen für den Kampf gegen Bourgeoisie, Sozialdemokratie und alle ihre Helfershelfer schmieden. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird im bolschewistischen Kampfe gegen alle ihre Feinde zur wahren Führerin der Mehrheit des Proletariats und aller Werktätigen heranwachsen, und ohne Zweifel wird das deutsche Proletariat unter der Führung seiner revolutionären Partei in nicht allzu ferner Zukunft sich zu einer der Hauptstützen der internationalen Armee der proletarischen Revolution entwickeln.

J. T. MURPHY:  
DIE ENGLISCHE ARBEITERKLASSE UND DER  
KRIEG GEGEN CHINA

Während der letzten Monate haben zwei Fragen die englische Politik beherrscht — der Krieg gegen China und die Kriegsdrohung gegen Sowjetrußland. Beide Fragen sind im Grunde identisch. Doch in den Ereignissen des Kampfes des Imperialismus gegen die Arbeiterrevolution und gegen die nationale Revolution stand im Vordergrund der Krieg gegen China, und die aktive Kriegspolitik der englischen Regierung gegenüber China war viel weiter fortgeschritten als jene gegen die Sowjetunion. Daher die überragende Bedeutung, die unter den Ereignissen der laufenden Politik China zukommt. Die englische Regierung hat seit dem Vormarsch der Kantontruppen nach Norden ständig gegen die nationale Revolution intrigiert. Diese Entwicklung erreichte ihr kritischstes Stadium, als das Hauptquartier der Kantoner Regierung aus Kanton nach Hankau verlegt wurde. Damit begriff, wie die anderen imperialistischen Mächte, so auch die englische Regierung, und sie in erster Linie, daß der entscheidende Moment gekommen war, und die Regierung begann unverzüglich Kriegsschiffe und Truppen nach China zu dirigieren und zum Angriff überzugehen. Sie sparte dabei zwar nicht mit schönen Redensarten über ihre friedlichen Absichten, ihre Politik aber war eine Kriegspolitik. Die englische Arbeiterklasse mußte nunmehr zu dieser Lage Stellung nehmen.

Vor diesem Zeitpunkt waren zahlreiche Erklärungen abgegeben worden, die für die Kantoner Regierung eintraten. In der Tat war von Arthur Horner auf Initiative der kommunistischen Delegierten des Gewerkschaftskongresses in Bournemouth im Namen des englischen Bergarbeiterverbandes eine Resolution zur Annahme gebracht worden, die gegen jedes Vorgehen der imperialistischen Regierung, das, sei es im Fernen Osten oder im Westen zum Kriege führen könnte, Protest erhob. Diese Resolution wurde, allerdings nicht ohne Opposition, vom Kongreß angenommen. Tatsächlich hat Herr C. G. Ammon, Unterhausabgeordneter und Mitglied der Labour-Party, den Vorschlag auf Zurückziehung der Resolution gemacht. Es war das nicht das einzige Anzeichen dafür, daß die Gewerkschaftsbürokratie von ihren auf dem Kongreß in Scarborough gemachten anti-imperialistischen Erklärungen beträchtlich abgerückt war, so daß sie unter das Feuer der kommunistischen Delegierten und der Delegierten der Minderheitsbewegung geriet, weil sie es unterlassen hatte, den durch den Kongreß von Scarborough gefaßten Beschluß auf Entsendung einer Gewerkschaftsdelegation zur Untersuchung der Lage im Fernen Osten auszuführen.

Immerhin war die Lage zu Beginn dieses Jahres weit akuter als zur Zeit des Kongresses von Bournemouth. Es waren weit entschiedenere Kriegsvorbereitungen getroffen worden, und die Tatsache der Truppensendungen aus England machte eine Entscheidung darüber erforderlich, ob die Arbeiter-

bewegung erneut von der verhängnisvollen Entwicklung des Jahres 1914 überrascht werden soll.

Lassen wir hier die von den verschiedenen politischen Kräften innerhalb der Arbeiterbewegung eingeschlagene Linie Revue passieren. Welche Stellung hat die Führung der Labour-Party angesichts der Lage eingenommen? Zunächst ließ sich Herr Macdonald, als der Führer der Opposition, wie folgt vernehmen:

„Ihre Handlungsweise würde durch nichts zu rechtfertigen sein, falls sie einfach abziehen wollten aus den Niederlassungen, über die uns frühere chinesische Regierungen die Kontrolle eingeräumt haben und wo unsere Leute unter dem Schutze, den ihnen, wie sie annahmen, die Verträge gewährten, ihr Heim errichtet haben.“

In einer an die Adresse der Kantonregierung gerichteten Rede führte er aus:

„Wenn die Regierung, wie sie es in Hankau getan hat, den Mob vorschiebt, um ihre Ziele zu erreichen, so darf sie sich auch nicht wundern, wenn sie die Konsequenzen dafür zu tragen hat.“

Im „Daily Herald“ vom 22. Januar ergänzte er das durch folgende Ausführungen:

„Ich möchte auch, daß keinerlei Mißverständnis in bezug auf meine Anschauung über die Anwesenheit von bewaffneten Kräften in China aufkommt. Niemand sollte es mehr begrüßen als Herr Tschen, wenn Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, die keine Bedrohung ihm gegenüber sind, sondern die die Aufrechterhaltung der Ruhe gewährleisten und verhüten, daß seine Hand zwangsweise durch jene geleitet wird, die den Kampf wollen.“

Herr Thomas unterstützte Herrn Macdonald wie folgt:

„Wenn schon Truppen geschickt werden müssen, so würde ich es unendlich mehr vorziehen, große Armeen anstatt einer Handvoll Leute zu schicken.“

Diese Erklärung der Führer des rechten Flügels kennzeichnete eine kurze Zeitlang die offizielle Politik der Labour-Party, die, trotz der Kürze der Zeit, ausreichend war, um den „Englischen Gewerkschaftsrat für die Freiheit Chinas“, der von Angehörigen des linken Flügels errichtet worden war, einzuschüchtern.

In diesem Rat saß der Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses, George Hicks, neben ihm George Lansbury, der stellvertretende Vorsitzende der Labour-Party, Tillett, Swales, Malone, Fenner Brockway, James Maxton u. a. Dieser Rat hatte einen Aufruf erlassen, in dem 1. die Anerkennung der uneingeschränkten Staatshoheit und Unabhängigkeit Chinas gefordert wurde, 2. die Anerkennung der Kantoner Regierung als nationale Regierung Chinas, 3. der Verzicht auf die Vorrechte der Exterritorialität, 4. der Abschluß neuer Verträge mit der nationalen Regierung als Ersatz für die Diktatverträge, 5. die Zurückziehung der bewaffneten Kräfte aus China sowie aller Kriegsschiffe aus den chinesischen Gewässern, 6. die Herstellung einer engeren Zusammenarbeit zwischen der chinesischen und der englischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die Exekutive der Labour-Party kam sofort mit einer politischen Erklärung heraus, in der sie die Stellungnahme Macdonalds für Chamberlain entschuldigte. Der genannte „Rat für die Freiheit Chinas“ bekam es mit der Angst zu tun und begann Erklärungen in der Presse loszulassen, die nur als Zusatzerklärungen zur offiziellen Politik der Labour-Party aufgefaßt werden konnten. Der Generalrat der Gewerkschaften identifizierte sich mit der Politik der Labour-Party und es entstand,

wenn man von der Kampagne der Kommunistischen Partei absieht, der Eindruck eines geschlossenen nationalen Blockes von den Konservativen bis zur Labour-Party.

Nun aber erwachte plötzlich die ILP und brachte in einem Leitartikel des „New Leader“ vom 14. Januar folgende Erklärung:

„Die Arbeiterbewegung muß sich klar werden über die kritische Natur der sich abspielenden Dinge. Ein Krieg gegen die nationale Regierung Chinas würde nicht in China enden, und es könnte leicht sein, daß Rußland mit hineingezogen wird. Es ist notwendig, daß die organisierte Arbeiterbewegung sofort ihre entschlossene Gegnerschaft gegen jeden aus der Verteidigung des englischen Imperialismus im Osten entstehenden Konflikt bekannt gibt. Die Arbeiter müssen auf die Beine gebracht werden, in derselben Weise wie 1920, als der Aktionsausschuß den Krieg gegen Rußland unterband. Sie müssen jetzt den Krieg gegen China unterbinden.“

In ihrem Programm, aus Anlaß dieser Kampagne, erhob die ILP in einem Aufruf die Forderung, die englische Regierung solle öffentlich erklären, daß sie die völlige Unabhängigkeit und Souveränität Chinas usw. anerkenne, und zwar auf Grund derselben Richtlinien, wie sie der „Englische Gewerkschaftsrat für die Freiheit Chinas“ angenommen hatte, mit der einzigen Ausnahme, daß sie den Aufruf zur Herstellung einer engen Zusammenarbeit zwischen der englischen und der chinesischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wegließ. Auf der Grundlage dieses Programms begann die ILP mit ihrer Kampagne, aber ihr Eifer, den Krieg gegen China aufzuhalten, ging nicht weit genug, um sie einer Einheitsfrontkampagne mit der Kommunistischen Partei zustimmen zu lassen. Ihre Kampagne nahm einen ausgesprochenen pazifistischen Charakter an. Nichtsdestoweniger unterschied sie sich programmatisch von der der Labour-Party-Exekutive.

Es ist interessant, hier erneut auf die sonderbare Haltung dieser Partei aufmerksam zu machen. Von 150 Parlamentsabgeordneten der Labour-Party gehören über 100 als Mitglieder der Independent-Labour-Party an. Herr Ramsay Macdonald und Herr Philip Snowden sind Mitglieder dieser Partei, und dennoch kam es zu dieser bemerkenswerten Kluft zwischen den Meinungen, sowie zur Weigerung der Labour-Führer, die Mitglieder der ILP sind, auch nur eine einzige Losung der Independent-Labour-Party auszuführen und ihrem Vorgehen zugrunde zu legen. Z. B. wurde in dem ILP-Aufruf die Arbeiter- und die sozialistische Bewegung aufgefordert, sich auf ein sofortiges Handeln vorzubereiten. Es heißt darin,

„daß die Exekutive der Labour-Party den Generalrat des Gewerkschaftskongresses sofort auffordern soll, sich ihr anzuschließen und mit ihr gemeinsam einen Landesarbeiterkongreß einzuberufen, um die Gegnerschaft der Arbeiterklasse gegen den Krieg mit China zum Ausdruck zu bringen, und die erforderliche gewerkschaftliche Aktion zu erwägen bzw. das drohende Verhängnis abzuwenden. Die englische Arbeiterbewegung hat den Krieg gegen Rußland im Jahre 1920 unterbunden und kann jetzt auch den Krieg gegen China verhindern, wenn sie nur will“.

Obwohl ein großer Teil des Generalrates und der Exekutive der Labour-Party Mitglieder der ILP sind, und zweifelsohne die Hegemonie in den Reihen der Labour-Führer besitzen, ist nicht die leiseste Spur davon zu merken, daß auch nur im geringsten von dieser Forderung nach einer Aktionskonferenz Notiz genommen wurde.

Nichtsdestoweniger dehnte sich die Agitation auf die gesamte Arbeiterbewegung aus. Dabei aber waren wir Zeugen der folgenden eigenartigen Situation: — Während die ILP-Exekutive zwar ihre eigenen Forderungen

aufstellte, übergab sie, als es zur Demonstration in Albert-Hall kam, die Führung ihrer eigenen Versammlung Macdonald, der gewiß nicht die Forderungen seiner Partei-Exekutive mit unterschrieben hatte.

Die Genossenschaftsbewegung nahm gleichfalls eine merkwürdige Haltung ein. Ihre Konferenz-Resolutionen tragen den Stempel des notorischen Pazifismus und zeigen nicht die Spur einer Erkenntnis der Krise, die besondere Maßnahmen erheischt. Tatsächlich führte ihr führendes Organ „The Co-operative News“ am 1. Januar aus, daß das englische Regierungsmanifest „dazu beitragen sollte, den Glauben zu befestigen, daß England keinerlei böswillige Absichten in bezug auf China hege, und daß die Chinesen eine nochmalige Gelegenheit erhielten, um sich zu überzeugen, daß die jetzt dargelegte Politik eine Politik ist, die die Unterstützung der Massen des englischen Volkes genieße“.

Am 8. Januar bringt die Redaktion kein Wort in ihrem leitenden Organ über die Lage, und die den Frauen gewidmete Spalte trägt die Ueberschrift: „1927 — ein Friedensjahr“. Im Februar dämmert es ihr plötzlich, daß tatsächlich eine Krise besteht, und der Korrespondent darf eine Geschichte erzählen über den Ernst der Lage, wobei aber nicht der leistungsvollste Versuch gemacht wird, die Genossenschaftsbewegung auf die Beine zu bringen und zu irgend einer Aktion aufzurufen. Am 12. Februar bekommt das Blatt Interesse an der englischen Diplomatie und führt aus,

„daß die eifrige Besorgtheit der Regierung, sich die Mitarbeit Italiens oder anderer Mächte zu sichern, augenscheinlich auf die verspätete Einsicht in die Tatsache zurückzuführen ist, daß Schanghai keine britische Besitzung, sonder eine internationale Konzession ist. Dieser Gedanke beherrschte Herrn Ramsay Macdonald am Sonntag, als er die Frage stellte, ob wir irgendein Recht zur Entsendung englischer Truppen nach Schanghai haben.“

Trotzdem aber gibt das Blatt noch immer in keiner Weise zu erkennen, daß die Genossenschaftsbewegung irgendwelche weitere Verantwortung oder Verpflichtungen im Hinblick auf die sich zuspitzende kriegerische Entwicklung besitzt. Am 19. Februar wird auf der ersten Seite in einem Leitartikel ausgeführt,

„daß die Nachrichten aus China immer noch zu einem Teil übertrieben, nichtsdestoweniger aber ernst sind“.

Dabei unterlassen es die Führer auch jetzt noch, die Genossenschaftsbewegung, sei es auch nur zum Protest, zu mobilisieren. Zum Glück haben eine Anzahl Genossenschaften nicht erst gewartet, bis Führer dieser Art eingreifen, sondern unter dem Einfluß der örtlichen Agitation seitens der verschiedenen Parteien Protestresolutionen gegen die Kriegsvorbereitungen gefaßt. Dasselbe kann von den Genossenschaftsgilden gesagt werden.

Andererseits hatte die Kommunistische Partei von Anfang an, ohne zu zögern, eine energische Kampagne in ihrer Presse sowie mit Hilfe von Flugblättern und Plakaten eingeleitet. Die Kommunistische Partei hat in den ersten zwei Monaten dieses Jahres ungefähr 500 000 Flugblätter herausgegeben, die die Arbeiter zur einheitlichen Aktion auffordern, die von der Führung der Labour-Party eingeschlagene Linie entlarven und in jeder Richtung den breiten Massendruck ankurbeln. In den Spalten des „Workers Weekly“ und „Workers Life“ wurde diese Entlarvungskampagne Wochen hindurch geführt. Obwohl sie wesentlich zur Bildung des „Englischen Rates für die Freiheit Chinas“ beigetragen hatte, ließ sie sich nicht abhalten, die Tatenlosigkeit und Unsicherheit dieses Rates mit aller Schärfe zu kritisieren.



Die Partei richtete an die Exekutive der ILP ein Schreiben mit der Aufforderung zu einer einheitlichen Kampagne auf Grund jener Verständigungspunkte, die in den veröffentlichten Erklärungen der ILP bekanntgegeben worden waren. Die Exekutive der Labour-Party aber lehnte dieses Angebot ab und gab dadurch sofort zu erkennen, daß es ihr an der Aufrichtigkeit wie am Willen zur Einleitung einer ernsthaften Aktion zur Verhinderung des Krieges fehlt. Das trifft jedoch nicht zu auf eine ganze Anzahl Ortsorganisationen der ILP, die nicht nur gemeinsam mit der Kommunistischen Partei an den Demonstrationen teilnahmen, sondern die sich aktiv mit den Kommunisten bei der Agitation für die „Hände-weg-von-China“-Komitees betätigten. Unsere Partei forderte nicht nur die Arbeiter auf das dringendste auf, sich gegen jede Sabotage der „Hände-weg-von-China“-Kampagne durch ihre Führer zu wenden, sondern auch „Hände-weg-von-China“-Komitees in jeder Stadt zu bilden und die Forderung der Zurückziehung der Truppen aus China zu erheben bzw. zu erklären, daß kein Mann und keine Kanone für Kriegszwecke nach China abgehen darf. Im Anschluß daran gab die Partei einen Aufruf an die gewerkschaftlich organisierten Soldaten heraus und verteilte Tausende von Aufrufen in den Kasernen sowie an die durch die Straßen marschierenden Soldaten. Aus diesem Anlaß schrieb die „Morningpost“ vom 8. Februar:

„Die Menge kommunistischer Literatur, die während der letzten vierzehn Tage in den Garnisonen verteilt wurde, ist ganz ungeheuer, so daß die Angelegenheit bereits die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich gelenkt hat.“

Die „Times“ und andere Zeitungen berichten gleichfalls von der Verteilung großer Mengen von Flugblättern an die Marschkolonnen und auch die auf den Bahnhöfen sowie in den Werften stationierten Soldaten. An die Werftarbeiter der verschiedenen Hafentorte hat unsere Partei besondere Aufrufe herausgegeben und ihre führenden Zentrale-Mitglieder in die Werften von London, Portsmouth, Southampton, Liverpool und Glasgow geschickt, um dort eine breit angelegte Agitation sowohl unter den Hafentarbeitern als auch unter den Truppen in Gang zu bringen. In jedem Zentrum, in dem eine Ortsparteiorganisation besteht, lauteten die Anweisungen an die Parteimitglieder dahin, daß sie die Initiative zur Einberufung von Konferenzen der Arbeiter zwecks Bildung von „Hände-weg-von-China“-Komitees ergreifen sollen. Im Laufe weniger Wochen ist es der Partei auf diese Weise gelungen, die Ortsorganisationen der Labour-Party in mehr als 27 verschiedenen Zentren zur Bildung von „Hände-weg-von-China“-Komitees zu veranlassen, trotz der wütenden Gegenagitation der Führer der Labour-Party.

Es war zu merken, daß sich die Kritik der Partei und ihre energische Kampagne auf die Bewegung auswirkte. Verstärkt durch die Minderheitsbewegung, die gleichfalls ihre ganze Kraft dieser Kampagne zusammen mit der Linken-Flügel-Bewegung innerhalb der Labour-Party widmete, ist unsere Partei nicht nur in den von der ILP und der Labour-Party veranstalteten Demonstrationen erfolgreich mit aufgetreten, sondern hat auch eine wichtige Rolle in einer Reihe erfolgreicher Konferenzen gespielt. So z. B. wurde in London durch das Londoner Gewerkschaftskartell am 12. Februar eine Konferenz einberufen, die von 587 Delegierten der Londoner Gewerkschafts- und Labour-Organisationen beschickt war. Diese Konferenz forderte den Erlaß eines Verbotes für die Herstellung von Munition und anderer Kriegs-

ausrüstung sowie das Verbot jeglichen Truppentransportes. Aehnliche Konferenzen waren in den großen Industriezentren geplant, und wir dürfen sagen, daß durch diese Anstrengungen die gesamte Arbeiterbewegung auf die Beine gebracht worden ist. „Daily Herald“ brachte denn auch während des letzten Monats Tag für Tag in seinen Spalten Beweise dafür, wie die Proteste von allen Richtungen der Arbeiterbewegung, von den Gewerkschaftsfilialen, von den „Hände-weg-von-China“-Komitees, von den genossenschaftlichen Frauengilden, von den ILP-Ortsgruppen, den Ortsgruppen der Labour-Party usw. in dichtem Strome einliefen.

Die Wirkung dieser Massenkampagne der Partei, der Minderheitsbewegung und des linken Flügels der Labour-Party sowie der ILP hat sichtliche Aenderungen in der Haltung der Labour-Party zur Folge gehabt. Als im Unterhause am 10. Februar die Frage zur Debatte stand, trat diese Aenderung greifbar deutlich hervor. An Stelle Macdonalds wurde als erster Redner zur Resolution der Labour-Party, die die Zurückziehung der Truppen aus China forderte, Herr Trevallyan vorgeschickt. Dabei gestattete der Kontrast zwischen seinen Ausführungen und der Resolution der Labour-Party selbst sowie der von Macdonald und Thomas eingenommenen Haltung es Herrn Chamberlain, auszuführen: „Herr Trevallyan spricht vielleicht für jene, die hinter ihm stehen, aber zweifelsohne spricht er nicht für jene, die neben ihm stehen“, womit Macdonald und Konsorten gemeint waren.

Der durch den Druck der Massen veranlaßte Umschwung in der Haltung der Labour-Party ist ein Beweis dafür, daß die diplomatische Sprache des Herrn Macdonald nicht die Gefühle der Massen der Arbeiter zum Ausdruck bringt.

Es darf hier jedoch nicht vergessen werden, daß die Bewegung noch in hohem Grade von Pazifismus und Passivität beherrscht ist. Wir stehen nicht nur der Tatsache gegenüber, daß es die ILP wagen durfte, eine Einheitsfront abzulehnen, sondern auch der anderen Tatsache, daß die Kommunistische Partei allein blieb bei ihren Versuchen, die Truppen aufzuklären, so wie sie auch allein blieb bei ihren Anstrengungen, die Massen in Aktion zu bringen, und daß all ihren Anstrengungen zum Trotz keine Spur von irgendeiner einzelnen Streikaktion an irgendeinem Orte zu sehen ist. Natürlich lassen sich für dieses Fehlen einer konkreten Aktion viele Erklärungen finden. Ungeachtet aller Erklärungen aber bleibt die Tatsache bestehen, daß inmitten einer solchen Krise wie der jetzigen, das Bleigewicht der Bürokratie der Arbeiterbewegung jegliche Bemühung zur Herbeiführung einer Massenaktion niederhielt. Die Notwendigkeit, die Massen über die Gefahr einer Wiederholung der Lage von 1914 aufzuklären, wird angesichts des Krieges immer dringender.

Es ist notwendig, noch ein anderes Warnungswort zu sagen. Der Charakter der bis jetzt betriebenen Agitation war ein doppelter. Die Labourbewegung konzentrierte sich auf die Frage der Verhandlungen, wobei alle anderen Fragen erst nachher kommen sollten, während sich der von der Kommunistischen Partei geführte linke Flügel auf die Forderung der Zurückziehung der Truppen und der Einstellung der militärischen Aktion als einer Vorbedingung für die Verhandlungen über das Unabhängigkeitsprogramm der ILP konzentrierte. Das war unvermeidlich. Jetzt aber stehen wir vor der

Gefahr, daß der Pazifismus der ILP und die krankhafte Verhandlungsversessenheit der Macdonald-Leute dazu führt, daß die Arbeiterbewegung Englands der Passivität verfällt, so daß die Arbeiterklasse den bevorstehenden Veränderungen in der chinesischen Revolution selbst verständnislos gegenübersteht. Es ist jetzt mehr denn je notwendig, die Massen über die verschiedenen sozialen Kräfte, die an der nationalen Revolution teilnehmen, aufzuklären und schon jetzt den Druck der Klassendifferenzierung und des inneren Kampfes aufzuzeigen, der innerhalb dieser Revolution sich unvermeidlich entwickelt. Die Kampagne Macdonalds und der ILP ist ganz darauf eingestellt, die Führung des rechten Flügels in der Kuo-min-tang zu stärken und auf ein Kompromiß hinzusteuern, das mit der englischen Regierung eingegangen werden könnte, ohne Rücksicht auf die Zukunft der chinesischen Revolution. Die Gefahren dieser Lage müssen den Arbeitern in eindringlicher Schärfe gezeigt werden, und ihre Aufmerksamkeit muß auf die Auswirkung auf die Arbeiterklasse und die Bauernschaft in diesem nationalrevolutionären Kampfe hingelenkt werden. Wenn das nicht geschieht, so werden wir erleben, daß die chinesische Revolution im Namen von Friedensverhandlungen mit einem Kompromiß enden wird, wobei die englische Arbeiterbewegung, anstatt den Arbeitermassen Chinas zu ihrer Befreiung durch den nationalrevolutionären Kampf zu helfen, den englischen Imperialisten zu einem Kompromiß verhelfen wird, das allein letzteren zugute kommt. Das ist die größte Gefahr des Augenblicks, die nur dann überwunden werden kann, wenn es gelingt, durch eine immer mehr zunehmende Aufklärung über die an der chinesischen Revolution beteiligten Klassenkräfte Klarheit zu schaffen und die Arbeiterorganisationen Englands dazu zu bringen, sich aktiver mit den Arbeiter- und Bauernorganisationen Chinas zu solidarisieren. Wenn sich unsere Kampagne in dieser Richtung entwickeln wird, so vermag unsere Partei in England nicht nur zur treibenden Kraft in den „Hände-weg-von-China“-Komitees zu werden, sondern auch einen erneuten Beweis dafür zu liefern, daß sie in England allein auf der Wacht der Weltrevolution steht.

SCH. :

## DIE II. INTERNATIONALE „MIT DEM GESICHT CHINA ZU“

Die militärische Intervention des Weltimperialismus in China nimmt einen immer erbitterteren Charakter an. Die elementare revolutionäre Aktion des Schanghai-Proletariats, das eine heroische Willensanstrengung machte, um aus Schanghai den Fremdkörper Sun Tschuan-fang zu entfernen, wurde in Blut ertränkt. Bedarf es etwa eines Beweises, daß die Henker Sun Tschuan-fangs es nicht gewagt und auch nicht vermocht hätten, jene Arbeiter zu köpfen, die Zettel mit dem Aufruf zu einem friedlichen Streik verteilten, handelten sie nicht entsprechend einer geheimen Abmachung und unter der gesicherten Unterstützung seitens der imperialistischen

Armeen. Nicht das patriarchalische Schwert des chinesischen Henkers, sondern die kriechenden Tanks und die ungeheuren Kampfflugzeuge haben die Existenz der Konterrevolution in Schanghai verlängert; verlängert haben sie sie — davon sind wir fest überzeugt — nicht auf Jahre und Jahrzehnte, sondern lediglich auf Tage und Wochen.

Die imperialistische Bourgeoisie hat in Schanghai gezeigt, wie sie handeln würde, wenn es ihr gelänge, selbst nur einen kurzen Sieg über das revolutionäre China davonzutragen. Die in dem ungenügend organisierten und unzureichend vorbereiteten Kampfe gefallenen Schanghaier Helden haben jedoch ihr Leben nicht umsonst hingegeben. Die Tragödie von Schanghai ist nicht nur eine grausige Warnung vor den Schrecken der Zukunft, sondern auch ein gebieterischer Mahnruf, aufs Ganze zu gehen, vor keinerlei Opfern zurückzuschrecken, um diesen Schrecknissen vorzubeugen. In erster Linie richtet sich dieser Mahnruf an die Arbeiterklasse der imperialistischen Staaten. Die öffentlich ausgestellten Köpfe der Hingerichteten sprechen, fordern, befehlen. Sie fordern vor allem, daß das internationale Proletariat begreife, welche verfluchte Kraft seinen Willen zum Kampfe für die Sache der chinesischen Revolution lähmt. Sie fordern, daß das internationale Proletariat jenes Reptil, das es in seinem Kampfe behindert und schwächt, endlich abschüttele und ihm den Kopf zertrete.

Die Weltbourgeoisie hätte es nicht gewagt, entgegen dem einmütig ausgesprochenen Protest der Arbeiter aller Länder mit solch' provozierender Niedertracht über die chinesische Revolution herzufallen, wenn sie nicht davon überzeugt gewesen wäre, daß ihr die unbedingte und uneingeschränkte Unterstützung des gesamten sozial-verräterischen politischen und gewerkschaftlichen Apparates sicher sei. Ebenso, wie der Abschaum der russischen Emigration und die Hefe der chinesischen Konterrevolution vom Boden Schanghais weggefegt worden wären, wenn sie mit den Arbeitern Schanghais hätten „unter vier Augen“ bleiben müssen, ebenso hätte die Weltbourgeoisie, die die Intervention organisiert, dem Ansturm der Arbeiterklasse nicht widerstehen können, wenn sie gezwungen wäre, ohne die „versöhnende“ Vermittlung der Führer der II. und der Amsterdamer Internationale diesem Ansturm gegenüberzutreten. Der Weg der gewerbsmäßigen Henker, die das Schanghai des Tschang Tsun-tschang schützen, führt über den internationalen Stab des Okkupationskorps zu den Verrätern, die in den Stäben der II. und der Amsterdamer Internationale sitzen.

Unter diesem Gesichtspunkt hat der „kleine“ Krieg, der in Schanghai vor sich geht, auch noch die Bedeutung, daß er in der Praxis die Verteilung der Klassenkräfte und deren Rolle in dem heraufziehenden „großen“ Kampfe zeigt — in erster Linie jene Rolle, die der Imperialismus den reformistischen Führern zuteilen wird.

Das drohende Manifest der II. Internationale gegen die Kriegsgefahr stellt das übliche Produkt einer sich „links“ drapierenden sozialdemokratischen Feder dar. Bedarf es etwa des Nachweises, daß der Sinn dieses Manifestes darin besteht, die Hauptkräfte, die die Kriegsgefahr heraufbeschwören und schüren, ebenso die hauptsächlichsten Schürer und Anstifter des Kriegsbrandes zu verbergen, um die Schuld in der Hauptsache nur den „Weichenstellern“ aufzubürden. Unter diesem Gesichtspunkt bildet die Februar-

„Note“ der II. Internationale nur eine einfache Wiederholung der pseudo-pazifistischen Kunststücke, die von den „reformistischen Führern“ von Zeit zu Zeit vordemonstriert werden, von jenen Sozialdemokraten, die vor allem sorgsamst darauf bedacht sind, daß durch ihr Spiel beileibe nicht etwa die vaterländische Bourgeoisie beeinträchtigt wird. Als neue, gewissermaßen supplementäre Gaunerei dieses Februar-Manifestes erscheint jene ehrende Aufmerksamkeit, mit der die chinesische Revolution bedacht wird. Die II. Internationale hat offenbar plötzlich im Februar 1927 entdeckt, daß es eine solche chinesische Revolution gibt und ist zu ihr, wenn auch in verspäteter, so doch überaus leidenschaftlicher Liebe entbrannt. Besonders betont wird im Manifest „die Unterstützung der national-demokratischen Freiheitsbewegung des chinesischen Volkes“. Bauer in der „Arbeiterzeitung“ und Wels im „Vorwärts“ (die deutsche und österreichische Bourgeoisie hat allen Grund, gerade China gegenüber ihren Liberalismus hervorzukehren) heben, indem sie in den höchsten Tönen die Tätigkeit der Exekutive der II. Internationale preisen, an erster Stelle deren „revolutionären Elan“ in der chinesischen Frage hervor.

\*

Die Gerechtigkeit erfordert jedoch, da man darauf hinweise, daß die II. Internationale auch in bezug auf die „Weichensteller“ sich nicht als so hartherzig erwiesen hat, wie man, nach dem Manifest zu urteilen, hätte glauben können. So hatte das Manifest für die Rolle des hauptsächlichen „Prügelknaben“ die ungarische Reaktion gewählt, an deren „Entlarvung“ sich alle Konferenzteilnehmer weidlich übten. Es stellt sich jedoch nunmehr heraus, daß der, selbst nur im Lippenbekenntnis geäußerte sozialdemokratische Unwille gegen die Reaktion nicht von langer Dauer war; die Tinte des drohenden Manifestes hatte noch nicht zu trocken vermocht, als schon einer der barmherzigen Führer der II. Internationale den Kopf des beleidigten ungarischen Henkers zu streicheln begann. „Budapest“, so erklärt Albert Thomas auf einem vom Budapester Magistrat veranstalteten Festessen, — „ist die Stadt des gleichen Rechtes, der Freiheit, der Arbeit und des Fortschritts“. „Die sozialpolitischen Gegensätze Ungarns werden allmählich gemildert.“ So kämpfen die „Führer“ gegen die monarchistische Konterrevolution in Ungarn, das ist der Kampf, durch dessen Schilderung die Verfasser des Manifestes ihre „revolutionäre“ Karriere zu machen gedenken.

Man könnte annehmen, das Privileg zu konterrevolutionären Schurkereien gehöre Albert Thomas als dem Vertreter des rechten Flügels der II. Internationale. Es erweist sich jedoch, daß die Zeitung Otto Bauers, die „Arbeiterzeitung“, an Gemeinheit hinter der „Geisel“ der Sozialdemokratie im Völkerbunde nicht zurückbleibt.

Wenn Thomas die ungarischen Monarchisten unter seinen hohen Schutz nimmt, so tritt das Organ Otto Bauers als Exeget und Schützer der rumänischen Reaktion auf (an deren Adresse das Manifest der II. Internationale beiläufig einige unartikulierte, aber doch immerhin unzufriedene Phrasen richtete). Der in der „Arbeiterzeitung“ — nach Veröffentlichung des Manifestes — erschienene Artikel „In den Kerker -- für die russische Diplomatie“



ist nicht nur eine niederträchtige Denunziation der Kommunistischen Partei Rumäniens, sondern auch eine direkte Rechtfertigung des Krieges der rumänischen Bojaren gegen die Sowjetunion. Das offizielle Organ der österreichischen Sozialdemokratie schreibt:

... aber man darf nicht vergessen, daß es noch einen großen Schuldigen gibt: die Kommunistische Internationale. Denn es wäre der Wahrheit schlecht gedient, wollte man behaupten, daß die Oligarchie aus purer Blutgier und Schlechtigkeit die Kommunistische Partei außerhalb der Gesetze gestellt hat. Ihr Klasseninteresse spricht gewiß mit, aber dieses allein würde ein solches Ausmaß der Verfolgungen nicht erklären... Der Terror gegen die Kommunisten hat nur zu ganz geringem Teil soziale Wurzeln. Seine eigentlichen Ursachen sind national und außenpolitisch.

Wer ist nun aber der angreifende Teil und wer das Opfer in diesem „nationalen“ Kampfe, der nach der Meinung des Blattes den wütenden Terror gegen die Kommunisten „erklärt“? Es erweist sich, daß die Kommunisten die Angreifer sind, während die rumänischen Räuber sich nur verteidigen.

... Seither ist nicht nur das Plebiszit (in Bessarabien) eine ständige Parole der rumänischen Kommunisten, sondern auch die Unterstützung der nationalrevolutionären Bewegungen, die auf die Lostrennung rumänischer Gebietsteile hinzielen. Dies ist der wahre Grund dieser unmenschlichen Verfolgungen. Die rumänische Bourgeoisie, die eben ihren Nationalstaat gegründet hat, ist entschlossen, ihren Besitzstand mit allen Mitteln zu wahren...“

Diese, von dem Blatte Bauers so sehr getadelten Losungen sind aber vielleicht nur das Resultat einer ehrlichen Verirrung der rumänischen Kommunisten? Aber auch das paßt dem „linken“ sozialdemokratischen Blatte nicht; es kann sich mit einer solchen „halben Erklärung“, die eventuell der Siguranza nicht in den Kram paßt, nicht zufrieden geben. Man muß also die rumänischen Kommunisten durchaus als „direkte Agenten“ einer fremden Macht hinstellen. Der Korrespondent der „Arbeiterzeitung“ ist auch hierzu bereit:

... und daß die Kommunistische Taktik nicht auf heimischem Mist gewachsen ist, sondern diktiert wird von Moskau, in Resolutionen, die noch dazu gedruckt und veröffentlicht werden, verschärft nur noch die Verfolgungen und den Haß gegen die Kommunisten“.

Öffnet nun etwa die „Arbeiterzeitung“ ganz zufällig ihre gastfreundlichen Spalten einem Kampfgenossen der Siguranza? Wohl kaum. Just in dem Augenblicke, als der Aufsatz am Vorabend des „Prozesses“ und in unmittelbarem Zusammenhange mit demselben geschrieben wurde, jenes Prozesses, dessen Sinn darin bestand, daß die rumänische Bourgeoisie ohne jegliches Gericht den Genossen Tkatschenko zu Tode quälte und sich anschickt, mit dem Gericht über den Genossen Stefanow diese Inquisition fortzusetzen, just in diesem Augenblicke verspüren die linken Sozialdemokraten das Bedürfnis, der Wahrheit einen „guten Dienst zu leisten“. Es bedarf noch der Aufklärung, weshalb diese „Wahrheit“ sich genau mit der Wahrheit der blindwütigen Henker der rumänischen Reaktion und der so überaus geschickten englischen Provokateure deckt, die den Krieg gegen die USSR vorbereiten? Den Schleier dieses Geheimnisses könnte wohl der Verfasser des feierlichen Manifestes der II. Internationale „gegen Kriegs- und Reaktionsgefahr“ mühelos lüften.

Der überzählige Chinese Jan Kan-tao ist am Horizont der II. Internationale erst aufgetaucht, als es sich herausgestellt hatte, daß die anderen loyalen Chinesen vom Typus eines Wu Pei-fu und Sun Tschuan-fang durch die Revolution schon in die Jauchegrube geworfen waren, und daß die noch unversehrt Gebliebenen, von der Art eines Tschang Tso-lin, vom japanischen Imperialismus gepachtet sind. Der europäische und der amerikanische Imperialismus brauchen neue Stützpunkte in China, um gleichzeitig mit der offenen Intervention eine geheime durchzuführen. Er braucht neue vollkommene Methoden des Betrug, um den Unwillen der Arbeiter gegen einen bewaffneten Angriff auf die chinesische Revolution zu dämpfen. Nachfrage bringt Angebot: Die II. Internationale richtet sich in China ihre eigene sozialdemokratische Partei ein. Das Februar-Manifest der II. Internationale enthält einen großen Vorrat an schönen Worten über die Unabhängigkeit Chinas. Bei der Beurteilung dieser Worte muß jedoch folgendes bedacht werden: einmal haben einen erheblichen Teil dieser schönen Worte schon solche Kämpfer für die Rechte der bedrückten Nationen, wie Chamberlain und Coolidge, in die Welt hinausgerufen; zweitens kommt der „Zusatz“, den die II. Internationale bezüglich der „liberalen“ Zugeständnisse der Imperialisten von sich aus macht, mit solcher Verspätung, daß er im gegebenen Stadium des Kampfes nicht mehr imstande ist, den Maßnahmen der Imperialisten entgegenzuwirken. So erschien beispielsweise der Passus über die Abberufung der Truppen aus Schanghai im Manifest e r s t , nachdem der Druck der Arbeiter selbst die Parlamentsfraktion der Labour Party veranlaßt hatte, in der Thronrede eine entsprechende Korrektur anzubringen, e r s t , als infolge der faktischen Ueberführung des Okkupationskorps aus Hongkong nach Schanghai diese Forderung unzureichend erschien. Und weiter. Als Brockway den Antrag stellte, einen Krieg durch einen Streik in den Munitionsfabriken und durch Unterbindung des Transports von Kriegsmaterial und Truppen zu verhindern, da schob die II. Internationale diesen Antrag dadurch auf die lange Bank, daß sie seine länderweise Behandlung durchsetzte. Die „Führer“ der II. Internationale sind natürlich davon überzeugt, daß dieser Antrag den Kanzleistuben nicht eher ent schlüpfen wird, ehe es nicht, nach ihrer Berechnung, den Imperialisten geglückt ist, die Freiheit des chinesischen Volkes zu begraben.

Aus welchem Grunde aber hält es Brockway, der Vertreter der Unabhängigen Arbeiterpartei, dennoch für nötig, einen Antrag einzubringen, dessen wirkliche Durchführung eine Unterstützung der chinesischen Revolution bedeuten würde? Weshalb lehnen die Führer der II. Internationale diesen Antrag nicht einfach ab, wie sie es vor einem Jahre getan hätten, als sie sich darauf hinausredeten, daß sie sich über den sozialen Charakter der nationalrevolutionären Bewegung noch nicht klar geworden seien? Aus welchem Grunde, um es kurz zu sagen, halten die II. und die Amsterdamer Internationale an Stelle ihrer früheren Taktik des offenen Widerstandes gegen den Kampf der unterdrückten und Kolonialvölker gegenwärtig ihren Kurs darauf, sich dieser Bewegung anzubiedern, sich in die Reihen der Freunde dieses Kampfes zu drängen, ihre Führer bis in die leitenden Organe des nationalrevolutionären Kampfes auszustrecken? Die Antwort ist ganz klar. Aus dem gleichen Grunde, aus dem Ebert im Januar 1918 sich in das Komitee hineindrängte, das den Streik der Munitionsfabriken leitete, aus

dem gleichen Grunde, aus dem sich Thomas im Mai 1926 in das Streikkomitee hineindrängte, das den Generalstreik leitete; die II. und die Amsterdamer Internationale versuchen einen Kontakt herzustellen mit der nationalrevolutionären Bewegung Chinas, da sie hoffen, daß dies der richtige Weg zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung in China sei. Die gleiche Methode beginnen sie gegenwärtig auch gegenüber der nationalrevolutionären Bewegung anderer Länder, in erster Linie der Indiens, anzuwenden. Die II. und die Amsterdamer Internationale haben sich dem Osten zugewendet. Ist das nicht etwa der beste Beweis dafür, daß die Weltbourgeoisie gerade hier, auf diesem Kriegssektor, dringend der Hilfe ihrer reformistischen Agenten und Diener bedarf.

Worin besteht der Rettungsplan für die Bourgeoisie, zu dessen Ausführung die II. Internationale nunmehr schreitet? Mit genügender Klarheit ist er in Paris vom Vertreter der „spontan entstandenen“ Sozialdemokratischen Partei Chinas, Jan Kan-tao aufgezeigt worden, dessen „tiefe marxistische Analyse“ Otto Bauer in solches Entzücken versetzt hat.

„Die Kuomintang,“ so sagt er, „besteht in Wirklichkeit aus drei Gruppen: 1. aus der nationalistischen Gruppe des rechten Flügels der Kuomintang; 2. aus einer demokratischen Gruppe — dem linken Flügel der Kuomintang, der gegenwärtig den größten Einfluß besitzt, weil er das Zentrum aller Forderungen darstellt, die sich sowohl gegen die Pekinger Regierung, wie gegen den fremdländischen Imperialismus richtet; 3. aus einer bolschewistischen Gruppe, die sich jedoch das Vertrauen des chinesischen Volkes nicht erwerben kann, weil die Russen nicht nur Ausländer sind, sondern auch auf dem Territorium Chinas die zahlenmäßig stärkste Gruppe der Ausländer bilden.“

Das Programm Jan Kan-taos besteht demnach darin, die Kuomintang von der bolschewistischen Gruppe zu befreien, die er nach dem Rezept Chamberlains als mit den russischen Ausländern identisch erklärt. Sobald diese Operation durchgeführt und die nationalrevolutionäre Bewegung also beschnitten sein wird, dürfte es der II. Internationale nicht schwer fallen, diese Bewegung zu erdrosseln. „Die Kuomintang, — jedoch ohne die Bolschewiki, die chinesische Revolution, doch gesichert vor schädlichem Einfluß“ — das ist die Formel der II. Internationale, die vom chinesischen Menschewisten, dem neuauftauchten Jan Kan-tao entwickelt und vom russischen Menschewisten Abramowitsch weiter vertieft wird. Das ist ja aber gerade dieselbe Formel, die Tschang Tso-lin auf seine Fahne geschrieben hat; und zu ihr gerade nehmen ja auch alle imperialistischen Gruppierungen ihre Zuflucht, wiewohl sie in Schanghai schon einen ganz ungeheuerlichen Zerstörungsapparat konzentriert haben. Die Kuomintang ohne Bolschewiki gilt als die gleiche universelle Losung der Konterrevolution, wie es in den Tagen des Kronstädter Aufstandes die Losung der Räte ohne Kommunisten war; sie geht von Abramowitsch zu Tschang Tso-lin und weiter noch zu Chamberlain.

Die englischen und für englisches Geld herausgegebenen Zeitungen sind gegenwärtig angefüllt mit Nachrichten über eine bevorstehende Spaltung in der Kuomintang, über die Bildung einer verlässlichen rechten Kuomintang, über geheime Verhandlungen, die von einem Teile der Kuomintang mit Tschang Tso-lin geführt werden, über Erklärungen von Mittelspersonen, die an diesen Verhandlungen teilnehmen und unentwegt mit der Abramowitsch-Formel, die den chinesischen Bedingungen unmittelbar angepaßt ist, hervor-

treten. Es versteht sich von selbst, daß in diesen Mitteilungen viel bewußt Verlogenes und Provokatorisches enthalten ist; es unterliegt aber keinerlei Zweifel, daß sie ein ganzes System äußerer Einschüchterung und innerer Durchdringung widerspiegeln, das darauf gerichtet ist, der chinesischen Revolution das Rückgrat zu brechen.

Diese Taktik der Entwaffnung der chinesischen Revolution können jedoch die Imperialisten nicht direkt und unvermittelt durchführen. Ebenso wie sie im Jahre 1919 die an den Fronten stehenden Arbeiter und Bauern nicht dahin bringen konnten, ihre Waffen abzugeben und sich dem Edelmut der Bourgeoisie und deren Versprechen, daß „Eure Opfer vom Vaterlande nie vergessen würden“, auszuliefern. Wie damals, so bedürfen auch jetzt die internationalen Räuber der Vermittlung der Sozialdemokratie, die unter dem Schutze einer Mimikry in das Lager der Revolution eindringen und dort die Arbeit des Verrats vollbringen muß.

Das internationale Proletariat, in erster Linie das Proletariat Chinas, muß sich über diese neue Gefahr völlig im klaren sein. Mehr denn je muß das chinesische Proletariat durch seinen planmäßigen, zielbewußten und organisierten Kampf, durch seine feste, die ganze Kompliziertheit der Umstände berücksichtigende Führung die Einheit, die Ausdauer und Konsequenz der anti-imperialistischen revolutionären Front sichern.

H. W.:

## DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE POLENS UND DER ABRUCH DER DEUTSCH-POLNISCHEN VERHANDLUNGEN ÜBER DEN HANDELSVERTRAG

### Wirtschaftliche Lage

Im Oktober des vorigen Jahres erschien im „Verlag des Vorsitzenden des Ministerkabinetts“ eine Broschüre betitelt: „Uebersicht des Wirtschaftslebens Polens von Mitte Mai bis September 1926“. Im Vorwort zu dieser Broschüre, welches die Unterschrift des damaligen Premierministers Barthel (heute stellvertr. Premier) trägt, heißt es:

„Obwohl man den Mai-Staatsstreich als moralische Umwälzung bezeichnet hat, beschränkte er sich nicht allein auf das Gebiet der politischen Verhältnisse, sondern übte auch auf das Wirtschaftsleben einen großen Einfluß aus . . . . Man darf nicht vergessen, daß die für Polen günstige außenpolitische Konjunktur ebenfalls (!) zu diesen positiven Resultaten beigetragen hat.“

Kurz, die faschistische Regierung, die ihre Zeitrechnung von **M i t t e M a i** beginnt, beeilt sich, die unzweifelhafte Hebung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes, die eben das Resultat einer günstigen außenpolitischen Konjunktur, vor allem des englischen Kohlenbergarbeiterstreiks war, als ihr moralisches Aktiv zu buchen.

Die Daten, die uns heute für das ganze Jahr 1926 und zum Teil für Januar 1927 vorliegen, ermöglichen uns eine nüchternere Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Polens und ihrer Perspektiven. Um es gerade heraus zu sagen:

trotz einer Reihe positiver Momente können diese Daten keineswegs den geheichelten Optimismus der Regierungsvertreter und der Leitartikel der Regierungspresse rechtfertigen. Im Gegenteil: durch das in den letzten Monaten sich geltend machende Abflauen der vorübergehend gestiegenen Konjunktur traten bereits die Hauptzüge einer schweren organischen Krise der ganzen polnischen Volkswirtschaft zu Tage.

Die positiven Ergebnisse der Wirtschaftsbilanz für 1926 sind folgende: aktive Handelsbilanz, Steigerung der Produktion in den wichtigsten Industriezweigen, Rückgang der Arbeitslosigkeit, aktive Bilanz des Staatshaushalts, Stabilisierung der Währung. Analysieren wir diese Tatsachen der Reihe nach.

Die Einfuhr- und Ausfuhrbilanz der letzten zwei Jahre kommt in folgenden Zahlen (Millionen Goldfranken) zum Ausdruck:

	1926	1925
Einfuhr . . . . .	896,2	1 602,8
Ausfuhr . . . . .	1 306,0	1 273,1

So schloß das Jahr 1926 mit einem Aktivsaldo von 409,8 Millionen Goldfranken, während das Jahr 1925 ein Defizit von 303,7 Millionen Franken aufwies. Dieses Resultat wurde jedoch durch eine Einschränkung der Einfuhr um fast die Hälfte bei einer nur geringen Ausfuhrsteigerung erzielt: der gesamte Warenaustausch mit dem Ausland (Gesamtsumme von Ein- und Ausfuhr) ist von 2875,9 Millionen im Jahre 1925 auf 2202,2 Millionen im Jahre 1926 gefallen (pro Kopf der Bevölkerung entfallen in Polen 65 Goldfranken, in der Tschechoslowakei aber 210 Franken, in Oesterreich 380 Franken, in Frankreich 410 Franken usw.).

Die Analyse der einzelnen Ausfuhrposten ergibt, daß die Steigerung der Gesamtausfuhr in der Hauptsache dank der im Zusammenhang mit dem englischen Streik gesteigerten Ausfuhr von Kohlen (über 252,1 Millionen Goldfranken gegenüber 144,4 Millionen im Jahre 1925) und Zink sowie einer forcierten Ausfuhr von Roggen (trotz einer Durchschnittsernte) und anderer landwirtschaftlicher Produkte erzielt wurde. Dagegen ist die Ausfuhr von Baumwollgeweben stark gesunken (24,5 Millionen statt 51,9 Millionen). Fast sämtliche Einfuhrposten weisen einen Rückgang auf, ganz besonders ist der Rückgang der Einfuhr von Maschinen hervorzuheben: Metallbearbeitungsmaschinen von 10,1 auf 2,3 Millionen, Textilmaschinen von 20,4 auf 6,9 Millionen, Autos von 26,3 auf 9,8 Millionen.

Die kürzlich veröffentlichte Statistik für Januar 1927 zeigt, daß die Zeit der aktiven Handelsbilanz ihrem Ende entgegengeht und der Periode einer passiven Handelsbilanz Platz zu machen droht: die Einfuhr betrug für Januar 107,7 Millionen Goldfranken, die Ausfuhr 114,8. Der aktive Saldo ist somit nur 7,1 Millionen, während er Dezember 1926 27,8 Millionen, im Juni 55,1 Millionen betrug. Bezeichnend ist, daß im Januar die Einfuhr von Lebensmitteln die größte Steigerung aufweist, die Ausfuhr von Kohle und Lebensmittel dagegen zurückgegangen ist.

Diese angeführten Tatsachen beweisen, daß die ganze Handelsbilanz des Jahres 1926 nur das Resultat einer vorübergehenden, vom englischen Streik bedingten Konjunktur war und daß der ganze Aufbau des polnischen Außenhandels von labilem Charakter ist.



Die Belegung einer Reihe von Industriezweigen in Polen, besonders der Schwerindustrie, war ebenfalls zum größten Teil durch diese vorübergehende Konjunktur bedingt, und zwar in einem viel höheren Maße als das in anderen Ländern des Kontinents der Fall war. Dies geht am deutlichsten aus folgender Tabelle über die Zunahme der Kohlen-, Eisen- und Stahlproduktion hervor (für das Jahr 1926):

Kohle:	April	Juni	August
Deutschland . . . . .	100	117	127
Polen . . . . .	100	159	173
Eisen:			
Deutschland . . . . .	100	108	127
Polen . . . . .	100	95	140
Stahl:			
Deutschland . . . . .	100	112	132
Polen . . . . .	100	117	172

Die Zahl der Arbeitslosen, die Februar 1926 laut offizieller Statistik 346 000 betrug, ging allmählich zurück und sank Anfang November auf 196 000. Seitdem beginnt sie wieder zuzunehmen, und gegenwärtig werden bereits über 260 000 Arbeitslose gezählt. In den Monaten März und April ist im Zusammenhang mit der Einschränkung der Kohlenförderung ein scharfes Emporschnellen der Zahl der Arbeitslosen zu erwarten.

Eine dauernde Erscheinung des vergangenen Jahres war das ständige Anwachsen der Teuerung, insbesondere die Teuerung der landwirtschaftlichen Produkte, bei einer relativ viel geringeren Steigerung der Arbeitslöhne, die durch schwere Kämpfe erzwungen wurde. Vor allem bleiben aber die Gehälter der Privat- und Staatsangestellten, die nur eine einmalige unbedeutende Erhöhung erfahren haben, immer mehr hinter der Preisbewegung zurück. Die Not steigt, die Kaufkraft der Massen sinkt.

Als eine große Errungenschaft für das Jahr 1926 wird die Bilanz des Staatshaushalts gepriesen, der nicht nur ohne Defizit, sondern mit einem gewissen Einnahmeüberschuß abschließt, während sämtliche vorhergehenden Jahre erhebliche Defizite aufwiesen. Das dem Sejm zur Bestätigung vorgelegte Budget für das Jahr 1927 schließt ebenfalls ohne Defizit ab. Doch dieses scheinbare Gleichgewicht des Budgets wird von einer ganzen Reihe von Faktoren untergraben. Die Einnahmen des vorigen Jahres, die auch dem neuen Budget zugrunde gelegt sind, übersteigen den Voranschlag für 1926 um 24 Prozent — eben infolge der zufällig entstandenen äußeren Konjunktur. Nicht nur der Ertrag der indirekten und ganz besonders der direkten Steuern ist gestiegen, auch der Eisenbahnbetrieb, der bis dahin mit einem Defizit arbeitete, hat sich rentabel gestaltet. Die Eisenbahnfrachten für Kohle haben eine Verdoppelung erfahren; jetzt müssen sie wieder herabgesetzt werden. Andererseits bedroht die zunehmende Teuerung die Mehrzahl der Ausgabenposten des Budgets.

Die aktive Handelsbilanz und das budgetäre Gleichgewicht haben die Stabilisierung der Valuta und eine erhebliche Erhöhung der Golddeckung bei zunehmenden Banknotenemissionen ermöglicht. Der Geldumlauf pro Kopf der Bevölkerung beträgt Ende 1926 in Polen 20 Goldfranken, in der USSR 31, in der Tschechoslowakei 81, in Lettland 36 usw. Wir haben

gesehen, daß diese Faktoren auf das ernsthafteste bedroht werden, damit aber auch die Stabilität der Geldwährung.

Angesichts einer solchen Unzulänglichkeit, ausnahmslos aller Elemente des Wirtschaftslebens Polens, bietet für dieses halbagrarisches Land eine günstige Ernte die einzige Möglichkeit, in der allernächsten Zukunft einer Katastrophe auszuweichen.

Unter diesen Umständen setzt Polen alle seine Hoffnungen immer mehr auf die Möglichkeit einer großen amerikanischen Investierungsanleihe. Zwei Beauftragte der polnischen Regierung verhandeln gegenwärtig in Neuyork über eine solche Anleihe (150 Millionen Dollar). Es ist bezeichnend, daß einer von ihnen, Professor Krzyżanowski, sich mehrfach öffentlich in dem Sinne geäußert hat, daß Polen sich zu einer Kontrolle seiner Finanzen seitens der Gläubiger, zur Garantie der Anleihe, bequemen müsse. Gerade zur Zeit dieser Dollarexpedition und zweifellos im Zusammenhang mit ihr, hat die deutsche Regierung beschlossen, die nunmehr über ein Jahr dauernden Verhandlungen mit Polen über den Abschluß eines Handelsvertrages abubrechen.

### Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen

Abgesehen von dem mehr oder minder entfernten politischen Zielen, die die rechtsnationalistische deutsche Regierung verfolgte, als sie unter einem mehr als nichtigen Vorwand die Verhandlungen mit Polen schroff abbrach, heugte sie sich zweifellos den direkten Interessen jener Teile der deutschen Bourgeoisie, die sie in der Hauptsache repräsentiert. Vom Standpunkt der Ausfuhr nach Polen ist in erster Linie die bearbeitende Industrie an einem Handelsabkommen mit Polen interessiert, in bezug auf eine Einfuhr aus Polen — die breiten Konsumentenmassen als Verbraucher von landwirtschaftlichen Produkten. Die Agrarier und die Schwerindustrie dagegen ziehen aus dem Zollkrieg den größeren Nutzen.

In einer vor mehreren Monaten erschienenen Arbeit von Ferdinand Zweig „Ueber das Wirtschaftsprogramm Polens“, die von der „Staatlichen Wirtschaftsbank“ (Przegląd gospodarczy) prämiert wurde, zeichnet der Verfasser folgendermaßen die Perspektiven, die für Polen aus einer wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland erwachsen würden.

„Im Falle einer Zusammenarbeit mit Deutschland kann Polen nur die Rohstoffgewinnung und die Erzeugung der niedersten Halbfabrikate entwickeln, so die Holzindustrie in ihren untersten Stadien, Naphtha- und metallurgische Industrie. Alle übrigen Industriezweige, besonders die chemische, die Metall-, die Gußeisen-, Bekleidungs-, Leder-, Papier-, Galanteriewaren- und Zementindustrie müßten von der Entwicklung ausgeschlossen bleiben. Selbst auf dem Gebiete der Lebensmittelindustrie müßten Mühlen, Zuckersiedereien, Schnapsbrennereien stark leiden . . . Dagegen würden Getreidebau und Viehzucht einen starken Aufschwung nehmen. An einer Zusammenarbeit mit Deutschland sind bei uns am meisten die ganze polnische Landwirtschaft, der Bergbau, die Holzindustrie, sowie Handel und Banken interessiert. . . . Eine zollpolitische Fühlung mit Deutschland würde für Polen bei der gegenwärtigen Struktur der polnischen Volkswirtschaft, wo Landwirtschaft, Bergbau und Handel 85 Prozent unseres Wirtschaftslebens ausmachen, zweifellos bedeutende wirtschaftliche Vorteile bieten . . . . Sie würde für die Entwicklung der Industrie todbringend sein; ein Hindernis für die Industrialisierung des Landes, würde sie Polen zu einem Lieferanten von Produkten der Landwirtschaft, des Bergbaues und der Forstwirtschaft für die deutsche Industrie degradieren“ . . . . .

In Polen ist umgekehrt die leichte Industrie, die die gefährliche Konkurrenz der deutschen Einfuhr fürchtet, die erbittertste Feindin eines Handelsabkommens mit Deutschland. Die Grundbesitzer, die Kulaken und die Vertreter der Schwerindustrie neigen am meisten zu einem „Modus vivendi“ mit Deutschland.

Im polnischen Außenhandel stand Deutschland bis zum Anfang des Zollkrieges (Mitte 1925) sowohl was die Ausfuhr als auch die Einfuhr betrifft an erster Stelle. Die deutsche Einfuhr nach Polen betrug 30 bis 40 Prozent der gesamten Einfuhr nach Polen, die polnische Ausfuhr nach Deutschland etwa 50 Prozent der gesamten polnischen Ausfuhr. Während des schon 1½ Jahre dauernden Zollkrieges hat der Austausch einiger Waren infolge Verbotmaßnahmen fast gänzlich aufgehört. Die Einfuhr aus Deutschland ist um mehr als die Hälfte gesunken, die Ausfuhr fast um die Hälfte. Eine besonders schwere Schädigung erfuhr die Ausfuhr von Naphthaprodukten aus Polen, da die Erschließung anderer Märkte unmöglich war. Die polnische Kohlenausfuhr nach Deutschland, die 1924 etwa 60 Prozent der gesamten polnischen Kohlenausfuhr betrug, sank fast auf Null. Weniger gelitten hat die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte; teilweise hat sie sogar eine bedeutende Zunahme erfahren (Eier Butter). In bezug auf die Einfuhr einiger Warengattungen, die für Polen besonders erwünscht waren (Farben, einige Maschinenarten usw.), wurde von den Deutschen eine Politik des Kreditboykotts in Anwendung gebracht. Die polnische Presse, (siehe das Organ der polnischen Industriellen „Wirtschaftliche Rundschau“ vom 1. Februar 1927, Aufsatz „Ein Jahr Zollkrieg mit Deutschland“) versucht sich damit zu trösten, daß die deutsche Einfuhr nach Polen im großen und ganzen mehr gesunken ist als die polnische Ausfuhr nach Deutschland. Jedoch betrug die Beteiligung Polens am Außenhandel Deutschlands im Jahre 1924 nur 4,6 Prozent, während die Beteiligung Deutschlands am polnischen Handel 50 Prozent ausmachte.

Ohne Zweifel bedeutet der Abbruch der Verhandlungen und der erneute Zollkrieg, besonders in der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftssituation Polens, einen schweren Schlag für das Land. Ebenso unterliegt es keinem Zweifel, daß die Bedingungen, denen sich das faschistische Polen nach dieser neuen Zollkriegsperiode beim Abschluß eines Handelsvertrags mit Deutschland wird unterwerfen müssen, außerordentlich schwere sein werden. Endlich unterliegt es keinem Zweifel, daß die amerikanischen Banken die gegenwärtige Situation nicht für besonders geeignet halten werden, um in Polen Hunderte von Millionen Dollar zu investieren.

Die gegenwärtige faschistische Regierung Polens besitzt kein festes Programm der kapitalistischen „Sanierung“ der Volkswirtschaft. Auch keine der großen Gruppen der polnischen Bourgeoisie, weder die Gutsbesitzer, noch die Schwer- oder Leichtindustrie, die die Diktatur Pilsudskis, des Vertreters ihrer **Gesamti n t e r e s s e n**, unterstützen, verfügen über ein solches Programm, aus dem einfachen Grunde, weil es ihnen an Mitteln und Wegen für seine Verwirklichung fehlt.

Im Jahre 1926 haben eine Reihe von Umständen die tödliche Krankheit des kapitalistischen Regimes in Polen verschleiert. Das Jahr 1927 enthüllt sie wieder.

Der Feldzug Pilsudskis gegen die Arbeiterklasse und die Bauernschaft ist ein Beweis dafür, daß er und seine Leute trotz ihres geheuchelten Optimismus die Gefahr fühlen, von der ihr Regime bedroht ist, und daß sie hoffen, indem sie den Totengräber in Fesseln schlagen, des Todes selbst Herr zu werden.

PETER RODIN-BERLIN:  
DAS ABSATZPROBLEM  
DES DEUTSCHEN KAPITALISMUS

Die Tatsache kann nicht geleugnet werden, daß seit ungefähr zwei Jahren in Deutschland ein starker Stabilisierungsprozeß des Kapitalismus im Gange ist. Die seit dem Jahre 1923 mit aller Schärfe vor sich gehende Ausbeutung und Verelendung der Arbeiterklasse wie auch der breiten Mittelschichten, der Zustrom ausländischer Kapitalien, die straffe Kartellierung und Vertrustung besonders der gesamten Großindustrie, die unter der Parole „Rationalisierung“ vorgenommene Senkung der Produktionskosten usw., verhalten dem sich in einer äußerst verzweifelten Situation befindlichen deutschen Kapitalismus zur Herauswindung aus dem Zustand, in den er seit 1918 gedrängt war. Das deutsche Kapital machte einen offensichtlichen Fortschritt durch. Dennoch steht der Wiederherstellung des Vorkriegsniveaus der deutschen Wirtschaft eine Reihe ungelöster Fragen entgegen, die dauernde Massenarbeitslosigkeit, der Gegensatz zwischen den Produktions- und Verwertungsmöglichkeiten usw., die fast alle in der Absatzfrage, die eine Grundfrage des deutschen Kapitalismus war und bleibt, ihre Ursachen finden.

Der deutsche Kapitalismus hat seine Produktionsbasis vergrößert. Die Zahl der Erwerbstätigen ist in Deutschland absolut wie relativ gestiegen. Ferner wird seit dem vorigen Jahre eine großzügige Propaganda zur Hebung der Leistungsfähigkeit der technischen Anlagen sowie des einzelnen Arbeiters durch Anwendung von Antreiber- und sonstigen Methoden betrieben. Dies führte zu einer Ueberholung der Produktionsfähigkeit der Vorkriegszeit. Andererseits ist sowohl im Inlande wie auch auf dem Auslandsmarkt der Absatz deutscher Fertigwaren fast in jeder Beziehung zurückgegangen. Die Möglichkeit eines weiteren Aufschwungs der deutschen Wirtschaft liegt daher vor allem in der Frage der Möglichkeit, für Deutschlands Produktionskapazität volle Ausnützung zu schaffen. Diese Frage hängt einzig und allein vom Absatz ab.

Wir wollen an Hand dieses gegenwärtig wichtigsten wirtschaftlichen Problems in Deutschland die Stellung des Reformismus behandeln, und die Unsinnigkeit der von den Opportunisten dargebrachten kleinbürgerlichen Ansichten nachzuweisen versuchen. Hierbei stützen wir uns besonders auf eine Artikelreihe in der „Gewerkschaftszeitung“. „Zur Lage der

deutschen Wirtschaft“ von w. e. (Willi Eggert)\*, die im Monat September erschienen ist und sich außer mit dem Charakter der Krise und der Rationalisierung vornehmlich mit dem Absatzproblem beschäftigt.

Aus Raumgründen kann hier nicht auf alle Fragen, die w. e. berührt, eingegangen werden, trotzdem gerade in den weniger bedeutenden Fragen oft eine sehr merkwürdige Sachkenntnis zum Vorschein kommt. Dies ist auch nicht das Wesentliche. Nicht die einzelnen Irrtümer oder falschen Behauptungen, die doch eigentlich von einer solchen Instanz, wie der ADGB es ist, nicht erwartet werden könnten, interessieren uns; es kommt hier vielmehr auf das Grundsätzliche in den angeschnittenen Fragen an.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer und sozialdemokratischen Parlamentäre schlagen den Kapitalisten die Erhöhung des Reallohnes der Arbeiter durch Erhöhung der Löhne und Senkung der Warenpreise zur Verstärkung der inneren Kaufkraft vor. Dieser Vorschlag entspringt der Auffassung, daß die gegenwärtige Phase der Krise der deutschen Wirtschaft „vorwiegend eine Krise des Inlandsmarktes ist“, die der Kapitalismus überwinden soll und kann. (Von w. e. unterstrichen!). w. e. schreibt:

„Die Richtigkeit der Beurteilung der Wirtschaftskrise als vorwiegendes Inlandsproblem wird auch erhärtet insbesondere durch die vorliegenden Zahlen der Ausfuhr von Rohstoffen und Fertigwaren.“ . . .

„Diese Zahlen über die Ausfuhr deutscher Rohstoffe und Fertigwaren, die trotz der Krise und während der Krise gegenüber der Hochkonjunktur von 1925 zum Teil noch beträchtliche Steigerungen aufweisen, sind der hereditste Zeuge dafür, daß die Ursache der Wirtschaftskrise, um es noch einmal zu sagen, ganz vorwiegend in den Verhältnissen des Inlandsmarktes begründet sind.“ (Nr. 36.)

Obwohl uns hier mehr die grundsätzliche Stellung der Reformisten zum Absatzproblem interessiert, soll von der famosen „Beweisführung“ nicht abgesehen werden. Trotzdem w. e. mit Zahlen operiert, die seiner Absicht gemäß einen glaubwürdigen Eindruck für seine Behauptungen erwecken sollen, muß festgestellt werden, daß die von w. e. angeführten Zahlen über die Ausfuhr der Rohstoffe und Fertigwaren nichts über die Ursachen der Wirtschaftskrise sagen. Jeder kleine Wirtschaftsjournalist, der keine Zahlenkunststücke im Auge hat, wird (oft wenn es gar nicht notwendig ist) Zahlen über den deutschen Außenhandel niemals bringen, ohne auch den Vorkriegsstand wenigstens erwähnt zu haben. Und so ist es in der Tat auffallend, wenn w. e. die Vorkriegszahlen verschweigt. Wir werden dies nachholen und zu einem anderen Ergebnis als w. e. kommen. Deutschlands Ausfuhr von Fertigwaren betrug nach Berechnungen der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ (in Millionen Reichsmark auf Grundlage der Vorkriegeshöhe):

1913	6993
1924	3980
1925	4733
1926 (1. Halbjahr)	2523

\* „Gewerkschaftszeitung“, Organ des ADGB, Nr. 36/39, Jahrg. 1926. — Willi Eggert ist Mitglied des ADGB-Vorstandes und gilt bei den freien Gewerkschaften als anerkannter Experte in ökonomischen Fragen. So ist er vor allem Delegierter des ADGB zur Weltwirtschaftskonferenz. Wir greifen willkürlich diese Aufsatzreihe heraus, da sie von den ADGB-Darlegungen noch die klarste ist. Sonst deckt sich die Ansicht W. E.'s mit der des ADGB-Vorstandes vollkommen.



Selbst der Außenhandel Deutschlands an Waren, für welche es beinahe das Monopol besaß oder besitzt, ist, wenn nicht absolut, so doch relativ zurückgegangen. So veröffentlicht z. B. das amerikanische Handelsamt nach Mitteilung der „Berliner Börsenzeitung“ eine Abhandlung über den internationalen Export elektrischer Ausrüstungen und Apparate.

Exportland	1913 Wert in tausend engl. Pfund	Prozent vom Ganzen	1925 Wert in tausend engl. Sterling	Prozent im Ganzen
Deutschland . . . . .	15 887,7	48,5	16 021,0	27,7
England . . . . .	7 655,7	23,4	17 351,0	30,2
Amerika . . . . .	5 790,0	17,7	18 000,0	31,3
Frankreich . . . . .	2 185,0	6,7	3 800,0	6,6
Schweiz . . . . .	1 240,0	3,7	2 400,0	4,2
	32 758,4	100,0	57 572,0	100,0

Hier ist bemerkenswert, daß wohl — rein wertmäßig gerechnet — die Vorkriegshöhe erreicht wurde. Im Vergleich zur allgemeinen Steigerung des Exports elektrischer Produkte ist jedoch die Ausfuhr deutscher Elektrowaren um etwa 45 Prozent (!) zurückgegangen.

Diese Zahlen sagen eindeutig, daß wohl die Ausfuhr fortgesetzt steigt, aber trotzdem gegenüber dem Vorkriegsstand um rund 30 Prozent zurückbleibt. Die von w. e. angeführte Abtrennung Elsaß-Lothringens, Teile Oberschlesiens und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung des Saargebiets bekräftigt noch die Behauptung, daß die Ausfuhr von Fertigwaren, deren Entwicklung für Deutschland, das, abgesehen von Kohle und Kali, keine Rohstoffe in bedeutenden Mengen ausführt, entscheidend ist, sehr stark zurückliegt. Zu berücksichtigen ist ferner, daß zur Ausfuhr heute auch die an die abgetretenen Gebiete ausgeführten Waren gerechnet werden, was früher nicht der Fall war. Die Ausfuhr von Fertigwaren ist demnach im Vergleich zur Vorkriegszeit um ungefähr 40 Prozent niedriger als 1913, trotz der seit 1924 vorsichgehenden Steigerung.

Kehren wir jetzt zurück zur erwähnten Behauptung, daß die Krise vorwiegend von der schlechten Lage auf dem Inlandsmarkt hervorgerufen wurde und daß die Kapitalisten für die Erhöhung des Inlandsabsatzes zu sorgen haben, um hier Abhilfe zu schaffen:

„. . . Gerade hier auf dem inländischen Markte (und von hier aus nur allein) ist dem Problem der Erwerbslosigkeit beizukommen. Ohne einen verbrauchsstarken inländischen Markt, der die Grundlage (!) der gesamten Wirtschaft darstellt, kann die Ausfuhr auf die Dauer nicht gesteigert werden. (w. e.)“

Diese Folgerung ist — mild ausgedrückt —: kompletter Unsinn! Kann man in der Tat an eine Steigerung der Ausfuhr durch Verstärkung des inneren Marktes denken? Kann die Aufnahmefähigkeit des deutschen Außenmarktes an Fertigwaren dadurch gesteigert werden, daß ein „verbrauchsstarker inländischer Markt“ geschaffen wird? . . . Ist es wirklich möglich — wie es w. e. vorschlägt, — eine Erhöhung des Inlandsabsatzes herbeizuführen, der erzielt werden soll durch die „Steigerung des Realeinkommens der großen Verbrauchermassen, durch Erhöhung der Löhne und Gehälter bei gleichbleibenden Preisen — oder durch Senkung der Warenpreise bei gleichbleibenden Löhnen und Gehältern — oder durch Anwendung beider Methoden?

Diese Erwägung der Erweiterung des inneren Absatzes hängt aber vor allem mit der Erhöhung der Reallöhne, was auch die Forderung von w. e. besagt, eng zusammen. Betrachten wir sie daher zuerst.

Was würde eine Erhöhung des Reallohnes für die kapitalistische Klasse bedeuten?

Die freiwillige Erhöhung der Löhne würde einem freiwilligen Verzicht auf einen Teil des Mehrwerts nur mit dem Zweck, den Inlandsmarkt zu vergrößern, gleichbedeutend sein. Als Rudolf Hilferding noch nicht die Ehre, deutscher Minister gewesen zu sein, aufzuweisen hatte, schrieb er in seinem bekannten „Finanzkapital“ zu dieser Frage folgendes:

„Die enge Basis, die die Konsumtionsverhältnisse der kapitalistischen Produktion bieten, ist aber deshalb allgemein Bedingung der Krise, weil die Unmöglichkeit, sie zu erweitern, eine allgemeine Voraussetzung der Absatzstockung ist. Wäre die Konsumtion beliebig ausdehnbar, so wäre Ueberproduktion nicht möglich. Aber unter kapitalistischen Verhältnissen bedeutet Ausdehnung der Konsumtion Verminderung der Profitrate. Denn Ausdehnung der Produktion ist gebunden an die Steigerung des Arbeitslohnes. Diese bedeutet aber Verminderung der Mehrwertrate und daher Verminderung der Profitrate.“ (Seite 301.)

Der Oekonom des ADGB weiß aber wahrscheinlich nicht, daß der Zweck der kapitalistischen Produktion nicht darin besteht, die Arbeiter mit guten Waren zu versorgen, sondern eben in der Produktion von Profit. Und hierin ist w. e., sowie seine unsinnige Behauptung, die Kapitalisten können durch Steigerung des Inlandsabsatzes, durch Erhöhung der Reallöhne das Absatzproblem zur Lösung bringen, gar nicht so originell. Bereits zu Beginn des Jahrhunderts traten die Vulgärökonomien mit diesen Theorien auf. So schrieb Werner Sombart in seiner Schrift: „Dennoch“:

„... Auf die Dauer wirkt die Steigerung des Anteils der Arbeiterklasse am Produktionsertrage, wie sie die Gewerkschaften erstreben, Krisen mildernd; denn sie hebt den Wohlstand der Massen, weitet deren Konsumtionsfähigkeit aus, festigt also den Absatz, in dem am letzten Ende doch ausschlaggebenden Reihen der großen Menge und damit den ungestörten Verlauf der wirtschaftlichen Produktion.“ („Dennoch“, Jena, 1900, S. 87.)

Wir wollen an dieser Stelle nicht versäumen, auch Rosa's Antwort, die in der ihr eigenen Klarheit und Schärfe gefaßt ist, zu erwähnen, zumal sich damit zugleich eine Erwiderung auf diese Theorie, die ja auch von w. e. vertreten wird, unsererseits erübrigt:

„Daß dem einzelnen Unternehmer, dessen Gesichtspunkt die Vulgärökonomie stets wider spiegelt, die „Wohlthätigkeit“ der Arbeitermassen, wie der Herr Professor sagt, als ein Mittel gegen die Absatzstockung in seinem Warendepot erscheinen mag, darüber besteht kein Zweifel. Aber für die Unternehmer zusammen, für die Klasse, läuft das pfiffige Mittel des Herrn Sombart darauf hinaus, daß sie aus eigener Tasche die Kaufkraft der Masse der Konsumenten vergrößern sollen, um ihnen dann mehr Waren verkaufen zu können. Wäre es nicht einfacher, direkt den Unternehmern auseinanderzusetzen, sie sollten durch periodische Verschwendung der überflüssigen Warenvorräte an die Gewerkschaften „den ungestörten Verlauf der wirtschaftlichen Produktion“ sichern? Wir glauben nur, daß unsere „königlichen Kaufleute“ und „genialen Unternehmer“, genial wie sie sind, ihm kurz erwidern werden: Herr Professor, Sie haben vergessen, daß die Vulgärökonomie zur Nasführung der Arbeiter und nicht zur Nasführung der Kapitalisten erfunden wurde!“ (Sozialreform oder Revolution? Leipzig, 1919, S. 76; Neuauflage der 1900 erschienenen Schrift.)

Und auch heute noch sind die auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Industriellen bessere Geschäftsleute als die imitierten Vulgärökonomien, der ADGB-Vorstand. Die Unternehmer drücken die Löhne so-

weit es geht; sie erhöhen gleichzeitig sogar z. T. die Warenpreise, obwohl dadurch die Kaufkraft des Inlandsmarkts erheblich geschwächt wird.

Die Kapitalisten versuchen auf dem Inlandsmarkt die größtmöglichen Profite eben durch die verschärfte Ausbeutung zu erzielen.\* Sie halten die Preise trotz Senkung der Produktionskosten recht hoch und stecken den durch die Rationalisierung erzielten Gewinn als Mehrprofit ein. In einem zur selben Zeit mit dem Aufsatz von w. e. erschienenen Artikel, schreibt Fritz Naphthali neben der Wiederholung der üblichen ADGB-Rezepte sehr richtig:

„Gerade in einer Zeit, in der die Unternehmer stark auf die Heranziehung fremden Kapitals angewiesen sind, wird die Neigung, die Produktionskostensenkung zunächst zur Erhöhung der Kapitalrente auszunutzen, besonders groß sein.“ („Gewerkschaftszeitung“, Nr. 37.)

So hören wir ganz deutlich von einem bekannten reformistischen Wirtschaftsjournalisten, daß das Kapital bestrebt ist, trotz Rationalisierung die Warenpreise hochzuhalten, um die Profite steigern zu können. Im Zusammenhang mit der Heranziehung fremden Kapitals sei aber noch angeführt, daß bedeutende Gesellschaften, so in der Kaliindustrie, Stahlindustrie, im Bergbau usw. als Rationalisierungsmaßnahme einen Abbruch ihrer nicht besonders rentablen Anlagen betrieben. Der durch die Leistungssteigerung erzielte Mehrprofit dient auch zur Verzinsung des in den stillgelegten Betrieben investierten Kapitals.

Hierzu kommt noch ein sehr entscheidender Faktor der Warenverteilung und Preispolitik überhaupt: Die straffe Kartellierung und Vertrustung, die einen der wichtigsten Punkte des Rationalisierungsprogramms des deutschen Kapitals darstellt, führt ständig zur Preiserhöhung. So finden wir z. B. in Tschierschky's „Kartell-Rundschau“, an der die anerkanntesten bürgerlichen Organisationsproblematiker und Kartellwirtschaftler mitarbeiten, eine Arbeit über „Rationalisierung und Kartellierung in der Gegenwart“ von Dr. G. A. Delbancó - Hamburg, der u. a. folgendes schreibt:

„Hat die Rationalisierung eine Stärkung oder Neubildung von Kartellen zur Folge, so werden die aus der Rationalisierung erwachsenen Vorteile meist in erster Linie den Unternehmungen selbst und selten den Verbrauchern zugute kommen; ja, es ist durchaus der Fall denkbar, daß die Verbraucher nicht nur die Kosten der Rationalisierung, sondern auch noch die Kosten weiterer geplanter Rationalisierungsmaßnahmen zahlen sollen.“ („Kartell-Rundschau“, Berlin 1926, Heft 11.)

Und in der Tat: Es werden riesige Kartelle und Trusts gebildet, um die Ausschaltung der freien Konkurrenz, die Herstellung von Monopolen zu ermöglichen und dadurch eine den Kartellen innewohnende Preispolitik, die stets auf die verstärkte Erhöhung und Hochhaltung der Preise ausgeht, betreiben zu können.

\* Auf dem Weltmarkt ist der deutsche Kapitalist bestrebt, so billig als möglich zu verkaufen, um größeren Absatz zu erzielen. W. e. muß über die Praxis der Unternehmer folgendes berichten, das unsere Behauptung vollauf bestätigt:

„Gewiß, die Besitzer der Produktionsmittel wollen den Markt beherrschen, aber nicht nur in dem Sinne, ihn aufnahmefähiger zu machen, sondern in dem Sinne, durch Schutzzölle die Erzeugnisse anderer Länder von ihm fernzuhalten.“

Dies führt zur Erhöhung der Lebenshaltungskosten, was wiederum eine Verminderung der Kaufkraft verursacht.

Wie ist nun der Weg des deutschen Kapitalismus in der Absatzfrage?

Wir haben gesehen, daß das Kapital von den zuckersüßen Ratschlägen der Sozialdemokratie nicht zu dem Zweck Gebrauch macht, um das Absatzproblem zu lösen, sondern um die durchaus reelle Offensive der Bourgeoisie gegen Lohn und Lebenshaltung der breiten Massen zu verschleiern. Es ist eine Lächerlichkeit, vom Unternehmer zu verlangen, daß er die Reallöhne freiwillig erhöht, um somit seinen Absatz im Inlande zu erweitern. Außerdem ist für jeden klar, daß eine Erhöhung der Reallöhne Schwierigkeiten für die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitalismus auf dem Weltmarkte, die schon an sich sehr schwach ist, herbeiführt. Die deutsche Ausfuhr kann infolge der erfolgreichen Konkurrenz der größten kapitalistischen Staaten und der begrenzten Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes an Fertigwaren keinesfalls etwa durch („und von ihr aus nur allein“) Schaffung „eines verbrauchsstarken inländischen Marktes“ . . . oder „durch Steigerung des Realeinkommens der großen Volksmassen“ ausgedehnt werden. Im Gegenteil: Eine Erweiterung des inneren Marktes kann eine Erhöhung des Warenimportes herbeiführen. Diese wiederum hat gegenwärtig eine erhöhte Passivität der Handelsbilanz zur Folge und vergrößert somit den Widerspruch zwischen Produktions- und Verwertungsmöglichkeiten. Das deutsche Kapital ist gezwungen, die Steigerung des Exports selbst durch erhebliche Herabsetzung der Produktionskosten anzustreben. Ja, auch die durch die Rationalisierung erzielte Senkung der Produktionskosten ist kein erfolgreiches Mittel zur Steigerung der Warenausfuhr. So sagte Dr. Hans Krämer, Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, in einer Rede:

„Der nicht geringste Teil der Schwierigkeiten rührt daher, daß die deutschen Waren im Ausland um 30 bis 50 Prozent zu hoch im Preise seien und keineswegs immer Friedensqualität aufweisen. Das Schlagwort auf diese Feststellung heißt: Rationalisierung, als ob damit das allein seligmachende Rezept gefunden sei. . . .“ (Aus einer Frankfurter Korrespondenz der DAZ vom 22. 10. 1926.

Also weitere Senkung der Produktionskosten zur Erzielung eines höheren Absatzes ist die Devise des deutschen Unternehmertums! Es versteht sich von selbst, daß eine Produktionskostensenkung, die vom deutschen Kapital angestrebt wird, nur auf Kosten der Arbeiterklasse geht und gehen wird. Aber wie Krämer schon sagt, die Rationalisierung ist nicht der unbedingt erfolgreiche Weg zur Steigerung des Absatzes, dem deutschen Kapitalisten fehlen die imperialistischen Machtmittel, ohne welche eine dauernde Steigerung der Ausfuhr, um die die deutsche Bourgeoisie, unter Mißachtung der guten, reformistischen Ratschläge, sich den Problemen des Innenmarktes zuzuwenden, verzweifelt kämpft, nicht möglich wird. Die deutsche Bourgeoisie kann nur einen sehr geringen Kapitalexport aufweisen. Sie ist, wie es schon im Zitat von Fritz Naphtali erwähnt wurde, auf einen starken Kapitalimport angewiesen. Zinsen für im Ausland aufgenommene Kredite, Reparationszahlungen und sonstige Verpflichtungen

an ihre Konkurrenten, die hohen Tarife der beschlagnahmten Reichsbahn usw. hemmen trotz Rationalisierung Deutschlands Warenexport.

Und so ist es ein recht schiefer Vergleich, wenn w. e. sagt:

„Mit welchem Eifer würde das Unternehmertum der Vereinigten Staaten von Nordamerika auf einen Markt von 63 Millionen stürzen?! Es würde eine wahre Jagd beginnen unter dem Stichwort: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen! In Deutschland hingegen rührt sich nichts. Der inländische Markt bleibt verkümmert. Regierung und Unternehmertum sind weit entfernt, die Kräfte einzusetzen, die ihn schnell und umfassend zum Wohle der Nation erschließen.“

Wie lange wird es dauern, bis die Herren vom ADGB begreifen lernen, daß die Lösung der Krise bedingenden Widersprüche durch Orientierung auf Erweiterung des Innenmarkts und durch Verzicht auf die Jagd nach Außenmärkten durch die Natur des Kapitalismus, besonders des imperialistischen Kapitalismus, ausgeschlossen ist? Wann werden sie endlich einsehen, daß ein Vergleich der deutschen Wirtschaft mit der Amerikas durchaus falsch ist? Ohne auf die näheren Tatsachen, die eine Unmöglichkeit des Vergleichs beweisen, einzugehen, sei hier nur ein weiteres Zitat aus der Rede des Direktors Krämer, die den Standpunkt der deutschen Industriellen in der Absatzfrage klarlegte, gebracht:

„Im Gegensatz zu Amerika haben wir weder Mittel zur ausreichenden Modernisierung, noch den Absatz, und, was diese Bedenken noch überragt, nicht entfernt eine Organisation eines Absatzes, wie sie die amerikanische Industrie allein aufweist.“ (DAZ, 22. 10. 1926.)

Aber nicht nur die von Krämer angeführten Dinge lassen keinen Vergleich mit den Vereinigten Staaten zu. Wichtig ist noch, daß die Kaufkraft der deutschen Werkstätigen seit 1914 sehr stark zurückgegangen ist, während sie in Amerika eine auffallende Steigerung erfahren hat.

So ist es keinesfalls verwundernd, wenn sich die U n t e r n e h m e r n i c h t die mit soviel Mühe (4 Artikel) dargebotene Belehrung, „die schnell und umfassend zum Wohle der Nation (!) verhelfen könnte“, zu eigen machen. Die Kapitalisten haben einen eigenen selbstverständlicheren und auch von ihrem Standpunkte aus einzig möglichen Weg, den sie in der Praxis bereits beschritten haben. Dieser Weg zwingt w. e. zur folgenden „Klage“, da, wie Rosa Luxemburg schon sagte, die Vulgärökonomie nicht zur Nasführung der Kapitalisten, sondern zur Nasführung der Arbeiter erfunden wurde.

„Statt die Erzeugnisse zu verbilligen, den Verbrauch zu steigern, die Erwerbslosen und Kurzarbeiter wieder in den Produktionsprozeß zu ziehen, bleibt auf dem Gebiete der Preisbildung und dadurch auf dem Gebiete der Verbrauchermassen alles beim alten.“

Jedoch — unser Oekonom geht aber weiter, obwohl er klar sieht, daß der Weg des deutschen Kapitalismus ein anderer ist, „daß alles beim alten bleibt“. Geradezu, als ob die Logik der von w. e. hingestellten Behauptungen offensichtlich ist, läßt er sich an der Fortsetzung seiner „Folgerungen“ nicht stören.

\* Es ist interessant, daß selbst der Reformist Kurt Heinig in einem von ihm verfaßten Abschnitt des Amerika-Berichtes der deutschen Reformisten „Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten“ als erstes die Schiefheit eines solchen Vergleiches beweist. (Amerika-Reise deutscher Gewerkschaftsführer, Berlin 1926, S. 15/29.)

So hält er nicht nur an der unsinnigen Behauptung, daß die Steigerung der Reallöhne im Interesse der Kapitalisten liegt, ja, daß die Kapitalisten, schon wenn sie nur anfangen, ihre Waren zu verschenken, aus der Krise herauskommen, Profite erzielen und akkumulieren können, fest. Unser Oekonom zieht auch die „Konsequenzen“ aus seiner „Belehrung“, die er dem Unternehmertum (gratis?) erteilt:

„Gebt deshalb die Bahn frei, Regierungen und Schlichtungsbehörden (!), damit durch den gewerkschaftlichen Lohnkampf die Kaufkraft gesteigert, der Umsatz vermehrt, die Erwerbslosen in die Betriebe zurückgeführt werden!“

Dies ist die Quintessenz der Aufsatzreihe von w. e., so sieht das sozial-reformistische Rezept aus, wie alle Schwierigkeiten des deutschen Kapitalismus auf dem Boden und im Rahmen kapitalistischer Methoden zu überwinden sind, wie der Imperialismus aufgeputzt und überzuckert werden kann. Es wird mit einem Pathos ausgerufen, der an die Maifeier-Artikel des „Vorwärts“ erinnert.

Wir kommen hier auf das Gebiet der Lohnpolitik, das in diesem Zusammenhang nur kurz erwähnt sein kann.

Wann werden Lohnerhöhungen erzielt? Wir haben bewiesen, daß es ein Unding ist, von den Kapitalisten die freiwillige Gewährung einer Lohnerhöhung in ihrem Interesse (damit die Kaufkraft steige) zu verlangen.

Nur der Lohnkampf rettet im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft den Arbeiter vor der endgültigen Verelendung. Denn, wie Marx sagt,

„... zeigt die ganze Geschichte der modernen Industrie, daß das Kapital, wenn nicht im Zaume gehalten, rücksichtslos und unbarmherzig daran arbeiten wird, die ganze Arbeiterklasse auf (einen) äußersten Stand der Herabwürdigung zu bringen.“

Dieses Daranarbeiten ist in Zeiten der Krise, wie bekannt, am schärfsten. Daher muß in der gegenwärtigen Periode der Lohnkampf entschiedeneren und zäheren Charakter annehmen, soll das Kapital im Zaume gehalten, die Arbeiterschaft vor der endgültigen Verelendung bewahrt werden können.

Im Lohnkampf darf man aber nicht, wie es w. e. tut, sich an Regierungen und Schlichtungsbehörden mit der Bitte um Unterstützung wenden. Der Hamburger Hafendarbeiterstreik, die Bewegung des Rheinschiffahrtspersonals, die Kämpfe im deutschen Kohlenbergbau, der Konflikt in der Schuhindustrie und andere kleinere Arbeiterkämpfe sind Beispiele für die „unparteiische“ Einstellung der Schlichtungsbehörden und Regierungen aus allerletzter Zeit. Es ist überhaupt absurd, ernstlich an die Regierungen des Trustkapitals die Forderung auf „Freigabe der Bahn für den Lohnkampf“ zu stellen.

Aufgabe der Gewerkschaften ist es, selbst als die berufenen Organisationen den Kampf gegen das Unternehmertum auf Kosten des Unternehmertums aufzunehmen. Anders ist eine Rettung der deutschen Arbeiterklasse aus dem heutigen Stand der Herabwürdigung und Verelendung nicht möglich. Die von w. e. den Unternehmern erteilten Belehrungen werden, wie gezeigt wurde, von den Kapitalisten keinesfalls befolgt. Andererseits helfen diese Belehrungen, deren Zweck sehr durchsichtig ist, dem Unternehmertum durch die Verwirrungen, die in die Arbeiterschaft damit hineingetragen werden.



Die Taktik des ADGB (soweit man überhaupt hier von einer Taktik sprechen kann), die auf eine freiwillige Gewährung von höheren Reallöhnen ausgeht, ist der gesamten deutschen Arbeiterklasse gefährlich und muß auf das entschiedenste bekämpft werden.

P. GORIN :

## DIE ARBEITERRÄTE UND DIE FEBRUARREVOLUTION

(Zum zehnten Jahrestag der Februarrevolution)

Die hauptsächlichste Triebkraft der Februarrevolution in Rußland und ihre Avantgarde war das Proletariat.

Die machtvolle revolutionäre Welle, die in Rußland zu Beginn des imperialistischen Krieges hoch aufschäumte, ging allerdings bald wieder zurück, aber die Arbeiterbewegung wurde dennoch während des Krieges nicht endgültig unterdrückt. Das können nicht einmal die herabmindernden offiziellen Angaben der Fabrikinspektion über die Streikbewegung verheimlichen, die sich außerdem nur auf die der Fabrikkontrolle unterliegenden Industriezweige beziehen.

Im Jahre 1911 streikten nach jenen Angaben 105 110 Arbeiter, im Jahre 1912 waren es 725 491, 1913 streikten 887 096 Arbeiter, 1914 zählte man 1 337 458 Streikende. Nach der Kriegserklärung fällt die Zahl der Streikteilnehmer rapid. Im Jahre 1915 streikten 554 124 Personen, aber bereits 1916 steigt die Zahl der Ausständigen wieder auf 1 086 364. Diese Zahlen sind um so kennzeichnender für die Kräfte der elementaren Massenbewegung, als die Zarenautokratie bekanntlich in Ausnutzung des Kriegszustandes alle irgendwie revolutionär gesonnenen Arbeiter aus den Reihen des Proletariats herausgerissen hatte. Nicht minder bezeichnend sind die Angaben über das Wachstum der Arbeiterbewegung Anfang Januar-Februar 1917, d. h. am Vorabend der Revolution. Allein in diesen zwei Monaten umfaßte die Streikbewegung, die fast ausschließlich politischen Charakter trug, nach denselben vermindernden Angaben der Fabrikinspektion 1330 Unternehmungen, während die Zahl der streikenden Arbeiter auf 676 286 stieg. Diese rasch anschwellende Woge der politischen Streiks verkündete, daß das Schicksal der Selbstherrschaft von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellt worden war. Und in der Tat, am 12. März (27. Februar a. St.) war ihr Schicksal unwiderruflich entschieden. Diesmal halfen der Selbstherrschaft weder die Kosakenregimenter, die in der Hauptstadt zur Unterdrückung allfällig revolutionärer Ausbrüche bereitgestellt waren, noch die gut eingübte, mit Maschinengewehren und sonstigen Waffen ausgerüstete Polizei, noch der im voraus ausgearbeitete strategische Plan zur Unterdrückung des Aufstandes, noch die Leitung durch solche erfahrene Henker der Revolution wie General Iwanow.

Die hartnäckige, langwierige Tätigkeit der russischen Bolschewisten, die unter schweren Repressalien vor sich ging, trug ihre Früchte, als die Kriegs-

müdigkeit, die Verpflegungsschwierigkeiten und die unter den Kriegsverhältnissen deutlich zutage tretende Zersetzung des bürokratischen Regimes eine revolutionäre Situation erzeugt hatten. Das Petrograder Proletariat erhob sich und versetzte der Zarenautokratie den todbringenden Schlag.

Wenn jedoch das Proletariat die grundlegende Triebkraft der Februarrevolution war, so war sein Sieg nur deshalb möglich, weil es das Zarenheer zersetzen und für sich gewinnen konnte. Der langjährige Kampf des russischen Proletariats gegen die Selbstherrschaft entschied sich endgültig nur dank der Mitwirkung des in Soldatenmänteln steckenden Bauernproletariats auf der Seite der Arbeiterschaft. Die endlosen Arbeiterstreiks im Januar-Februar 1917 und die kolossale Agitationsarbeit, die damals vom russischen Proletariat im Heere geleistet wurde, trugen ihre Früchte im Augenblick des entscheidenden Zusammenstoßes zwischen dem Proletariat und dem Zarismus. Im kritischen Augenblick versagte der genau ausgearbeitete strategische Plan der Autokratie zur blutigen Unterdrückung der russischen Revolution, weil das zuverlässige Heer, die zuverlässigen Truppenteile fehlten. Der revolutionäre Kampf des Proletariats im Verein mit der Unzufriedenheit der breiten Bauernmassen und des städtischen Kleinbürgertums entschied das Schicksal der Romanowschen Dynastie.

Wie verhielt sich währenddessen die russische Bourgeoisie? Sie war oppositionell eingestellt und war mit der Selbstherrschaft vor allem deshalb nicht zufrieden, weil diese sich als vollkommen unfähig erwiesen hatte, den imperialistischen Krieg bis zu einem siegreichen Ende zu führen. Sie war auch deshalb nicht zufrieden, weil sie befürchtete, daß die Zarenregierung durch ihre Mißwirtschaft das Land der Revolution entgegenführen könnte. Daher ihr Kampf nach zwei Seiten — gegen die verantwortungslose bürokratische Regierung und, in viel höherem Maße, gegen die „verantwortungslosen“ Revolutionäre. Die russische Bourgeoisie wurde indessen von der Februarrevolution vor eine vollendete Tatsache gestellt. Sie, die noch gestern den Zaren um einen Wechsel des Ministeriums gebeten hatte, sah sich heute infolge des entschlossenen Kampfes des Proletariats und der Armee gegen den zaristischen Absolutismus vor dem Dilemma: entweder sich auf den Boden der Revolution zu stellen, in der Absicht, sie allmählich zu zähmen, oder zusammen mit der Selbstherrschaft auf den Müll geworfen zu werden. Angesichts der hilflosen Lage des Zarismus begibt sich die russische Großbourgeoisie im Bunde mit dem sich liberal gebärdenden Adel an die Organisierung der neuen Macht. Die Reichsduma bildet bereits am 12. März aus ihrer Mitte das Provisorische Komitee der Reichsduma, aus dem sich am folgenden Tage die erste Provisorische Regierung zusammensetzte.

Gleichfalls am 12. März schritt man am entgegengesetzten Pol zur Organisierung des Petersburger Arbeiterrates. Diese gleichzeitige Schaffung zweier Organisationen, die auf die Leitung der Revolution Anspruch erhoben — das Provisorische Komitee der Reichsduma mit der von ihm gebildeten Provisorischen Regierung und der Petersburger Arbeiterrat — offenbarte bereits seit dem ersten Tage ihrer Existenz den fundamentalen Widerspruch der Februarrevolution.

„Die größte Eigenheit unserer Revolution,“ schrieb Lenin, „die dringend vertieftes Nachdenken erfordert, ist die bereits in den ersten Tagen nach der Revolution ent-



standene Biarchie“ (gesperrt von Lenin)\*. „Dieser außerordentlich eigenartige, in dieser Form in der Geschichte noch nicht dagewesene Umstand, erzeugte die Verflechtung zweier Diktaturen zu einer (gesperrt von Lenin): der Diktatur der Bourgeoisie (denn die Regierung Lwow und Co. ist eine Diktatur, d. h. eine Macht, die sich nicht auf das Gesetz und auf den vorher befragten Volkswillen stützt, sondern auf die gewaltsame Eroberung, wobei diese Eroberung durch eine bestimmte Klasse, nämlich durch die Bourgeoisie, vorgenommen worden ist) und der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft (Arbeiter- und Soldatenrat).“\*\*

Die erste Sitzung des Petrograder Arbeiterrates fand am 27. Februar, 9 Uhr abends, im Taurischen Palais im Beisein vieler Vertreter der Fabriken statt. Die Schnelligkeit, mit der der Arbeiterrat entstanden war, bewies anschaulich das Bestreben der revolutionären Massen, ein organisiertes Zentrum zu besitzen. Die Versammlung zeichnete sich zwar nicht durch ihre besondere Organisiertheit aus: es waren weder die aktuellen Fragen im voraus festgelegt, noch war in dieser keimenden Organisation eine feste Leitung zu spüren. Aber das hinderte indessen den Arbeiterrat nicht daran, sich bereits nach der ersten Sitzung als eine Organisation zu erweisen, um die sich die wahrhaft revolutionären Kerntruppen sammelten. Es ist eine außerordentliche bedeutsame Tatsache, daß bereits in der ersten Sitzung des Petersburger Arbeiterrates Vertreter von Truppenteilen anwesend waren und Delegierte des Wolhynischen, Pawlowschen, Litauer- und anderer Regimenter das Proletariat begrüßten. Nach den Referaten wurde der Antrag eingebracht und einstimmig angenommen, eine einheitliche Organisation — den Arbeiter- und Soldatenrat — ins Leben zu rufen. Das war natürlich eine ungeheure Errungenschaft des russischen Proletariats, die bewies, daß das Proletariat nicht nur elementar der Anführer der Revolution war, sondern daß es begann, seine Führerschaft organisatorisch zu befestigen und so zu einer höheren Stufe seiner politischen Entwicklung emporzusteigen.

Diese organisatorische Festigung des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft war von ungeheurer großer Bedeutung für die ferneren Geschicke der russischen Revolution und führte letzten Endes zu den Oktobersiegen des Proletariats. Nicht ohne Grund waren in der Folge die Menschewisten so unzufrieden und beklagten es als einen Fehler, daß sie die Schaffung des einheitlichen Arbeiter- und Soldatenrates zugelassen hatten; nicht ohne Grund sabotierten sie hartnäckig diesen Zusammenschluß während der ganzen ferneren Zeit ihrer Vorherrschaft in den Arbeiterräten.

Die Tagesordnung und die aufgeworfenen Fragen in der ersten Sitzung des Petersburger Rates zeichnen sich durch ihre Reichhaltigkeit aus, und es ist interessant zu verfolgen, womit sich der Rat damals beschäftigte. Gleich in der ersten Sitzung wählt der Rat eine Verpflegungskommission, der er aufträgt, Maßregeln zu treffen, um über den Verpflegungszustand der Hauptstadt unverweilt Klarheit zu schaffen; der Rat schlägt den Arbeitern vor, unverzüglich zur Organisierung einer Volksmiliz zu schreiten; der Rat wendet sich an die Bevölkerung mit einem Aufruf aus Anlaß der gegenwärtigen Ereignisse; der Rat beschließt, die „Nachrichten des Rates“ erscheinen zu lassen; der Rat reserviert sich das Recht, die Herausgabe von Zeitungen zu gestatten; der Rat beschließt, die Geldmittel der alten Regie-

\* Lenin. Gesammelte Werke, Band XIV, Teil I, S. 39.

\*\* Lenin. Gesammelte Werke, Band XIV, Teil I.

zung zu beschlagnahmen und entsendet Truppenteile zur Besetzung der Staatsbank, der Hauptkasse, der Münze und der Expedition zur Bereitstellung von Staatspapieren, indem er sich die Funktionen der Kontrolle über die Verwendung der Staatsmittel aneignet. Alle diese Bestimmungen der ersten organisierten Sitzung des Rates sprachen dafür, daß der Rat den Keim einer neuen, wahrhaft revolutionären Macht darstellt. Nicht minder interessant ist die Feststellung, daß die Beschlüsse des Rates nicht auf dem Papier blieben, sondern rasch verwirklicht wurden.

In der gleichen ersten Sitzung am 12. März (27. Februar) wurde das Exekutivkomitee gebildet. Diesem Komitee gehörten an: die Dumaabgeordneten Skobelew, Kerenski und Tschcheidse sowie zehn Mitglieder und vier Sekretäre des Ratsplenums. Außerdem umfaßte das Exekutivkomitee auch Vertreter der Parteiorganisationen: der Bolschewisten, Menschewisten, des „Bund“, der Sozialrevolutionäre, der Interregionalen Sozialdemokraten, der lettischen Sozialdemokraten, der Volkssozialisten und der Trudowiki. Seiner Zusammensetzung nach gehörte das Exekutivkomitee vorwiegend zum Lager der Menschewisten und Sozialrevolutionäre, d. h. zu denjenigen Kompromißlern und Sozialpatrioten, die nach der Pfeife der Bourgeoisie tanzten. Dagegen waren die Repräsentanten der wahrhaft revolutionären Demokratie, d. h. die Bolschewisten, in einer bedeutenden Minderheit. Die Aneignung der Macht innerhalb der Exekutive durch die Menschewisten und Sozialrevolutionäre spielte in der Folge eine sehr große Rolle bei der Uebergabe der Macht an die Provisorische Regierung der imperialistischen Bourgeoisie. Eine solche erdrückende Mehrheit der Sozialkompromißler in der Exekutive erklärt sich in bedeutendem Maße aus der Schwäche der bolschewistischen Parteiorganisationen, die beim Ausbruch der Revolution zertümmert waren. Die Menschewisten, die um den Preis der Vertretung der Arbeiterinteressen in dem von der Bourgeoisie geschaffenen Kriegsindustriellen-Komitee ihre legale Existenz erkaufte hatten, verfügten im Augenblick der revolutionären Explosion im Februar über eine zweifellos stärkere Organisation als die Bolschewisten.

Es spielten hier auch tiefere Gründe mit. Das russische Proletariat besaß genügend revolutionäre Energie und Kühnheit, um einen Aufstand gegen den Zarismus hervorzurufen. Aber es war damals noch nicht so zielbewußt und organisiert, um nach dem Siege dem Ansturm der kleinbürgerlichen, vom Patriotismus berauschten elementaren Kräfte zu widerstehen, soweit deren Vertreter — die Menschewisten und Sozialrevolutionäre — sich ein großartiges revolutionäres Ansehen gaben.

Gleichzeitig mit der ersten Sitzung des Rates tagte das Provisorische Komitee der Reichsduma. In Anbetracht des Unvermögens der Selbstherrschaft, die Revolution zu unterdrücken, beschloß das Komitee, die Macht zu übernehmen, was auch dem Arbeiterrat mitgeteilt wurde. In der gleichen Sitzung wählte das Komitee eine Verpflegungskommission, die gleichzeitig mit der durch den Arbeiterrat gewählten Kommission an ihre Arbeit ging. Das Komitee erließ zwei Aufrufe an die Bevölkerung und einen Armeebefehl an die Truppen.

Das gewählte Exekutivkomitee war unter dem Druck der anwachsenden Bewegung der Massen genötigt, eine Reihe wahrhaft revolutionärer Maß-

nahmen gutzuheißen. In der Nacht zum 13. März (28. Februar), um 4 Uhr morgens, bestimmte das Exekutivkomitee folgendes: 1. unverzüglich Bezirksausschüsse zu bilden, 2. Sammelpunkte für die Bewaffnung der Arbeiter und Truppen in sieben Bezirken festzusetzen, 3. eine Arbeitermiliz zu organisieren. Die am 13. März (28. Februar) erschienene erste Nummer der „Nachrichten des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates“ enthielt einen Aufruf an die Bevölkerung, der über die Bedeutung des damaligen Kampfes und über die Aufgaben der Arbeiterräte Erklärungen brachte.

„Der Arbeiterrat,“ heißt es dort, „macht zu seiner grundlegenden Aufgabe die Organisierung der Volkskräfte und den Kampf um die endgültige Befestigung der politischen Freiheit und der Volksregierung in Rußland. Der Rat hat Bezirkskommissare ernannt zur Einsetzung der Volksmacht in den einzelnen Petersburger Stadtbezirken. Wir fordern die gesamte Bevölkerung der Hauptstadt auf, in den Bezirken Ortsausschüsse zu bilden und die Verwaltung aller lokalen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen.\*

In der gleichen Nummer der „Nachrichten“ erschien ein Aufruf des Interregionalen Komitees der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Sozialrevolutionären Partei mit einem Appell an die Soldaten, sich des Telegraphen, des Telephonnetzes, der Bahnhöfe, der Kraftwerke zu bemächtigen und Vertreter für die Provisorische revolutionäre Regierung zu wählen. In der Beilage zu den „Nachrichten“ wurde auch das Manifest der Bolschewisten veröffentlicht.

Während jedoch der Rat die Aufforderung ergehen ließ, Bezirksräte als Organe der Macht zu organisieren, bildete das Provisorische Komitee der Reichsduma die Provisorische Regierung aus Mitgliedern der Reichsduma und ließ die von Rodzianko gezeichnete diesbezügliche Mitteilung durch den Telegraph in ganz Rußland verbreiten.

In der zweiten Sitzung fuhr der Arbeiterrat fort, eine Reihe von Fragen zu besprechen, die mit den Tagesereignissen im Zusammenhang standen. Nach dem Bericht der Finanzkommission beschloß der Rat, dem Provisorischen Komitee der Reichsduma vorzuschlagen, sich an der Finanzierung des Rates zu beteiligen. Der Rat beschloß, die Eisenbahnverbindung zwischen Petersburg und Moskau aufzunehmen, eine besondere Kommission mit der Untersuchung der Frage betreffs der Kontrolle über den Warenverkehr zu beauftragen usw.

Wie daraus zu ersehen ist, werden der 12. und 13. März (der 27. und 28. Februar) in der Geschichte der großen Revolution 1917 als diejenigen Tage verzeichnet sein, in denen zwei verschiedene Organisationen, eine bürgerliche und eine proletarische — die Provisorische Regierung und der Rat — geschaffen wurden, die beide auf die Macht Anspruch erhoben. Es bestanden nebeneinander der Arbeiterrat als tatsächlich bevollmächtigtes und anerkanntes Organ der Revolutionsmacht und die in Wirklichkeit machtvolle Provisorische Regierung. Es ist durchaus verständlich, daß bereits in den nächsten Tagen des revolutionären Kampfes die Machtfrage einen hervorragenden Platz in der Revolution einnehmen mußte. Und in der Tat berief bereits am 14. (1.) März die Exekutive des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates eine Sitzung ein, die der Organisierung der Macht gewidmet war. Die Frage rief lange Debatten hervor. An der Sitzung nahmen etwa

\* „Nachrichten des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates“, Nr. 1.

30 Personen teil, mit Einschluß der Vertreter der Parteiorganisationen. Die Mehrheit neigte zur Anerkennung der Provisorischen Regierung und zur Einsetzung einer Kontrolle über deren Tätigkeit. Besonders hitzige Debatten verursachte die Frage des Eintritts in die Provisorische Regierung. Indessen wurde nach einer heißen Debatte mit 13 Stimmen gegen 8 beschlossen, in die Miljukow-Regierung keine Vertreter zu entsenden. Die Bedingungen für die Uebergabe der Macht des Rates an die Provisorische Regierung wurden an demselben Tage auch im Plenum des Rates festgelegt. Am Abend des 14. (1.) März erschien zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Provisorischen Komitee der Reichsduma eine Abordnung von der Exekutive des Arbeiterates (Tschcheidse, Steklow, Suchanow, Sokolow und Filippowski) mit dem Vorschlag, die Bedingungen für die Uebergabe der Macht an die Provisorische Regierung zur Beratung zu stellen. Wir wollen hier nicht näher auf den Charakter der der Provisorischen Regierung vorgelegten neun Punkte eingehen. Interessant und lehrreich ist allein schon die Tatsache der Kapitulation vor der imperialistischen Bourgeoisie, die Tatsache des schamlosen Uebereinkommens, das hinter dem Rücken des Proletariats getroffen wurde. Die Schilderung dieser gemeinsamen Sitzung durch Miljukow enthält eine gewisse Dosis von Sarkasmus, der bis zum Zynismus geht, wenn er sich auf diese „Führer“ der Revolution bezieht.

„Die Provisorische Regierung nahm gern (gesperrt von uns. P. G.) den Vorschlag an (d. h. die Uebergabe der Macht an die Provisorische Regierung. P. G.) und trat in die Beratung über die von der Delegation verlesenen Punkte ein.“\*

Nach der Annahme der Bedingungen des Rates verlangte Miljukow, daß die Exekutive des Petersburger Arbeiterrates eine Erklärung veröffentliche, daß die Provisorische Regierung in Uebereinkunft mit dem Arbeiterrat gebildet worden sei. Der Führer der russischen imperialistischen Bourgeoisie kannte genau den Wert einer solchen Unterstützung für sein Kabinett. Die Delegierten waren damit einverstanden, und der Wortlaut wurde am 15. (2.) März endgültig festgelegt.

Die Erklärung über die Unterstützung der Provisorischen Regierung durch den Rat bedeutete eine neue Etappe in der Geschichte der Arbeiterräte. Auch in der Folge gerieten die Arbeiterräte, die die tatsächlichen Machtorgane des Proletariats und der Bauernschaft waren, trotz der Führung und des Einflusses der Sozialkompromißler in den Räten, des öfteren in Gegensatz zu der Provisorischen Regierung. Trotz der Verrätereien der Sozialkompromißler war es naturgemäß schwierig, diese zwei einander entgegengesetzten Klassenorganisationen in Einklang zu bringen. Die allerorten Anfang März ins Leben gerufenen Arbeiterräte in der Provinz boten zumeist ein und dasselbe Bild des Ansichreißens der Führung dieser Massenorganisationen durch die Menschewisten und Sozialrevolutionäre. Auch dort hatte diese Erscheinung die gleichen Gründe wie in der Hauptstadt: die organisatorische Schwäche der bolschewistischen Organisationen, die nicht überwundenen Illusionen der Vaterlandsverteidigung in einem bedeutenden Teil des Proletariats und die Unterdrückung der wahrhaft revolutionären, aktiv auf dem politischen Schauplatz auftretenden Elemente des Proletariats durch das patriotisch eingestellte Kleinbürgertum, das willenlos hinter der russischen Großbourgeoisie einhertrötete.

\* P. S. Miljukow. Geschichte der Russischen Revolution, 1921. Band I, S. 46.

Die Fragen betreffs der Arbeiterräte und der Wurzeln des Kompromißlertums und der Vaterlandsverteidigung in der Februarrevolution, von denen die Räte, diese wahrhaft revolutionären Organe der Macht, zu Kompromissen mit der Bourgeoisie getrieben wurden, lenkten die besondere Aufmerksamkeit Lenins auf sich.

„Das unbewußt vertrauensvolle Verhalten gegenüber den Kapitalisten,“ schreibt er, „diesen schlimmsten Feinden des Friedens und des Sozialismus, das ist es, was die heutige Politik der Massen in Rußland kennzeichnet, das ist es, was auf dem sozial-ökonomischen Boden des kleinbürgerlichsten aller europäischen Länder mit revolutionärer Schnelligkeit in die Höhe geschossen ist. Das ist die Klassenbasis des Kompromisses.“\* „Unsere Aufgabe ist es,“ schrieb Lenin an einer anderen Stelle, „festzustellen, aus welchen Schichten die Stimmung für die Vaterlandsverteidigung hervorgehen konnte und hervorgegangen ist. Rußland ist das kleinbürgerlichste Land, und die oberen Schichten sind an der Fortführung dieses Krieges unmittelbar interessiert. . . . Andererseits sind die Massen des Proletariats und Halbproletariats an Annexionen nicht interessiert, weil das Bankkapital für sie keinen Gewinn abwirft. Wie also konnten diese Klassen sich den Standpunkt der revolutionären Vaterlandsverteidigung zu eigen machen? Ein solches Verhältnis dieser Klassen zur revolutionären Vaterlandsverteidigung ist das Resultat des Einflusses der kapitalistischen Ideologie, der in der Resolution durch das Wort „Betrug“ ausgedrückt wird“\*\*.

Die Wurzeln des Kompromißlertums und der revolutionären Vaterlandsverteidigung, die in der ersten Periode der Revolution sich als breite Welle ergoß, die wahrhaft revolutionären Arbeiterschichten erstickte und das Kompromiß zwischen dem Arbeiterrat und den bürgerlichen Kreisen förderte, sind von Lenin vorzüglich bloßgelegt worden, und das gestattete ihm, den Wert der Arbeiterräte noch in der Februarperiode richtig zu bemessen. Trotz des formalen Ueberganges der Macht an die Provisorische Regierung stellte Lenin die tatsächlich vorhandene Doppelherrschaft fest. Er zog eine deutliche Grenze zwischen den verräterischen Führern und der Masse, der es noch an politischer Schulung mangelte. Bald nach seiner Ankunft in Rußland formulierte Lenin bei seinem ersten Auftreten vom 4. April deutlich den Grund, weshalb die Räte in der Februarrevolution nicht ganz die Macht übernahmen.

„Steklow führt diese und jene Gründe an. Das ist alles dummes Zeug. Die Sache ist die, daß das Proletariat nicht genügend stark, nicht genügend organisiert ist. Es muß anerkannt werden: die materielle Kraft ist in den Händen des Proletariats, aber die Bourgeoisie erwies sich als zielbewußt und vorbereitet; es ist dies eine unwahrscheinliche Tatsache, aber man muß sie offen und unumwunden zugeben und dem Volke erklären, daß wir die Macht nicht genommen haben, weil wir nicht organisiert und nicht klassenbewußt sind“\*\*\*.

In Erkenntnis des Uebergangscharakters der auf diese Weise erzeugten Biarchie und der Unvermeidlichkeit für die Räte, die Macht zu erobern, betonte Lenin in allen seinen Artikeln besonders die Notwendigkeit, die Arbeitermassen politisch zu schulen, sie zu organisieren und den Kampf um die Befreiung der Bauernmassen von dem Einfluß der imperialistischen Bourgeoisie zu verstärken. Die Arbeiterräte jedoch sollten diejenigen Massenorganisationen sein, um die sich das revolutionäre Proletariat organisatorisch zusammenschließt und in denen es den Kampf um die Bauernschaft führt. Der Frage betreffs der Rolle der Bauernschaft auf Grund der Revolutions-

\* Lenin, Gesammelte Werke, Band XIV, Teil I, S. 41.

\*\* Lenin, Gesammelte Werke, Band XIV, Teil 2, S. 433.

\*\*\* Siehe in der „Prawda“ vom 7. Nov. 24 die bis dahin unveröffentlichte Rede von Lenin.

erfahrungen schenkt Lenin außerordentliche Aufmerksamkeit, in der Erkenntnis, daß es eines der Grundprobleme ist, ohne dessen richtige Lösung die Diktatur des Proletariats nicht verwirklicht werden kann. Lenin wich nicht der Lösung der Bauernfrage aus, wie dies Trotzki getan hat. In Erkenntnis dessen, daß die Februarrevolution 1917 unvermeidlich über die bürgerlichdemokratischen Grenzen hinauswachsen und zur sozialistischen Revolution werden müsse, berücksichtigte Lenin ununterbrochen solche Triebkräfte der Revolution, wie die vielmillionenköpfige Bauernschaft und die kleinen Besitzer. Er widersprach mit Entschiedenheit der Trozki'schen Formel: „Keinen Zaren, her mit der Arbeiterregierung“, einer Formel, die die Einstellung derjenigen Teile des Proletariats zum Ausdruck brachte, die, auf einer gewissen Höhe des politischen Bewußtseins angelangt, noch nicht genügend gereift sind, um wirkliche Führer des sozialistischen Aufbaus zu sein und die zahlreiche Klasse der kleinen Eigentümer zu leiten. Noch Anfang April schrieb Lenin in seinen berühmten Briefen über Taktik:

„Droht uns die Gefahr, daß wir dem Subjektivismus anheimfallen, daß wir dem Wunsch verfallen, die unabgeschlossene, noch nicht über die Bauernbewegung hinausgekommene bürgerlich demokratische Revolution zu „überspringen“ und zur sozialistischen Revolution überzugehen? Hätte ich gesagt: „Keinen Zaren, her mit der Arbeiterregierung (gesperrt überall von Lenin. P. G.), dann würde mir diese Gefahr drohen. Aber ich habe dies nicht gesagt; ich sagte etwas anderes. Ich sagte, daß es in Rußland (abgesehen von einer bürgerlichen) keine andere Regierung geben kann, außer dem Rate der Arbeiter, Landarbeiter, Soldaten und Bauern. Ich sagte, daß die Macht heute in Rußland von Gutschkow und Lwow\* nur zu diesen Räten übergehen kann“\*\*.

Dieses Zitat aus Lenin erhält eine besonders große Bedeutung, weil wir sehen, daß bald nach der Februarrevolution Lenin bestimmte Hinweise gibt, sowohl auf die sozialistischen Perspektiven der Revolution als auch auf die neuen Machtformen dieser Uebergangsperiode der Revolution.

Die Erforschung der Arbeiterräte im Jahre 1917 ist unmöglich ohne das Studium der Aeußerungen Lenins. Er gewann als erster einen Einblick in diese proletarischen Massenorganisationen, denen in der Revolution eine wichtige Rolle zu spielen bevorstand. Er enthüllte vollkommen die Gründe dafür, daß in der ersten Periode der Revolution zeitweilig die Menschewisten und Sozialrevolutionäre — die Kompromißler und Vaterlandsverteidiger — herrschen mußten, und er bewies, daß mit der Entwicklung des revolutionären Kampfes die Arbeitermassen in dem Maße ihres politischen Wachstums die Menschewisten aus den leitenden Stellungen verjagen und die Führung den wahrhaft revolutionären Sozialdemokraten, den Bolschewisten, anvertrauen werden. Die Voraussage Lenins in der ersten Periode der Revolution hat sich in der Folge tatsächlich vollkommen bewährt, und die Entwicklung des revolutionären Kampfes im Jahre 1917 schloß unter Führung der Bolschewisten mit der Oktoberrevolution ab.

Lenin gab uns die Theorie der Arbeiterräte. Bereits in den Februartagen finden wir in seinen „Briefen aus der Ferne“, die im Exil auf Grund sehr spärlicher Mitteilungen geschrieben wurden, erstaunlich zutreffende Charakteristiken dieser elementar entstandenen Organisationen des Proletariats.

\* Führer der russischen imperialistischen Bourgeoisie und Lenker der ersten Provisorischen Regierung. Anm. d. Verfassers.

\*\* Lenin, Gesammelte Werke. Band XIV, Teil I, S. 31.

Einem besonders eingehenden Studium unterzog Lenin die Arbeiterräte in seinem berühmten Werke „Staat und Revolution“. In diesem Werke untersucht Lenin die verhältnismäßig kleine Erfahrung, die mit der Existenz der Räte gemacht wurde und gibt eine erstaunlich klare Prognose für die Evolution der Räte, und zwar nicht nur für die Zeit der Vorbereitung auf die Machtergreifung durch das Proletariat, sondern auch für die fernere Zeit der ersten Schritte zur Befestigung des proletarischen Sieges. Indem er beharrlich eine Parallele zwischen dem Staat der Pariser Kommune 1871 und den Arbeiterräten in der russischen Revolution zog, betonte er dadurch bewußt das Erbfolgeverhältnis zwischen diesen zwei Arbeiterrevolutionen. Gleichzeitig bewies Lenin auch den Vorzug des Rätessystems vor der parlamentarischen Republik.

„Ich bin zutiefst davon überzeugt,“ schrieb er Anfang April, „daß die Räte der Arbeiter usw., schneller und besser als die parlamentarische Republik die Selbständigkeit der Massen durchführen werden.“\*

Diese Grundsätze wurden in der Folge in seinem Buche „Staat und Revolution“ eingehender entwickelt. Bereits einige Tage nach dem ersten Donnerstagsrollen der Februarrevolution schrieb Lenin:

„Diese erste Etappe der ersten (aus dem Kriege geborenen) Revolution wird weder die letzte, noch eine nur russische sein“\*\*,

wobei er betonte, daß die Februarrevolution 1917 der Beginn der proletarischen Weltrevolution ist. Lenin wies ferner auch darauf hin, daß die Räte nicht von nur beschränkter nationaler Bedeutung sind. Und in der Tat finden wir diese Organisationen auch in der ungarischen und deutschen Revolution. Deshalb ist die Erforschung der Arbeiterräte der russischen Revolution von ungeheurem Interesse für die Revolutionäre der anderen Länder. Wie ohne das Experiment der Pariser Kommune nicht der Sieg des Proletariats in Rußland erfolgreich hätte durchgeführt werden können, so wird ohne die Erfahrungen der russischen Revolution 1917 und ihrer Arbeiterräte die erfolgreiche Vollendung der proletarischen Revolution im Westen unmöglich sein.

## ARTHUR MACMANUS

Der Tod von Arthur Macmanus hat jedes Mitglied unserer Partei und alle Genossen in den Reihen der Kommunistischen Internationale, die ihn kannten, auf tiefste erschüttert. Er war ein liebenswerter Genosse, dem nicht nur die Sympathie unserer Partei gehörte, sondern der sich auch die Herzen breiter Massen von Arbeitern außerhalb unsrer Reihen zu erobern verstanden hat. Sein Tod ist zweifellos ein Verlust für die Partei und die gesamte Arbeiterklasse.

Als Kind arbeitender Eltern vor 35 oder 36 Jahren in Belfast zur Welt gekommen, wuchs er seit seiner frühesten Jugend in jenen erschreckenden

\* Lenin, Gesammelte Werke. Band XIV, Teil I, S. 36.

\*\* Lenin, Sammelband 2, S. 289. Brief vom 16. 3. 1917 an Alexandra Kollontai.

Verhältnissen auf, wie sie den verrufenen Vierteln der großen Industriestädte eigen sind. Wenige Jahre nach seiner Geburt siedelten seine Eltern aus Belfast nach Glasgow um, einer Stadt mit gleich unbeschreiblichen Zuständen in ihren Arbeiterwohnvierteln. Ich habe es nie vergessen, wie ich ihn in seiner Wohnung in der östlichen Vorstadt in Glasgow besuchte. Ich habe so ziemlich alle Arbeiterviertel der Industriestädte Englands kennengelernt, aber keines, das in bezug auf abschreckendes Aeußere und schreiende Armut der östlichen Vorstadt von Glasgow gleichkommt. Ich sah innerhalb 24 Stunden in diesem Viertel von Glasgow mehr barfüßige und rachitische Kinder als irgendwo sonst in England. Es herrscht dort das Mietskasernenwesen, und die Ueberfüllung der Wohnungen ist eine fürchterliche. Der schwarze Ruß des Fabrikrauches lagert über den Straßen und läßt das krasse Elend der Bevölkerung noch mehr hervortreten. In dieser Umgebung und unter solchen Verhältnissen wuchs Macmanus heran, bis aus dem Knaben der Genosse Macmanus geworden war. Es war ein Kind der Arbeiterklasse, war mit ihr aufgewachsen, hat alle ihre Leiden bis zur Neige mit ausgekostet und ist in ihrem Dienste gestorben. Die Arbeiterklasse verliert in ihm gleichzeitig einen Sohn, einen Genossen und einen Kämpfer.

Er hatte kaum das jugendliche Alter hinter sich, als er seine von irisch-katholischen Eltern übernommenen religiösen Vorstellungen abstreifte und sich durch die von der Sozialistischen Labour-Party erstmals errichteten marxistischen Bildungskurse mit der revolutionären sozialistischen Bewegung bekanntmachte. Er trat dieser Partei bei und machte sich bald einen Namen als Redner, als Lehrer marxistischer Kurse und geschickter Vertreter der Politik der Partei. Er verlegte diese seine Arbeit mit großer Energie in die Betriebe, und als die Sozialistische Labour-Party zu jener Zeit an die Gründung der unter der Bezeichnung „Industriearbeiter Großbritanniens“ bekannten Gewerkschaft schritt, da war es Macmanus, der bei den Bemühungen zur Ausdehnung ihrer Reihen als einer revolutionären Organisation energischer und treuer mitarbeitete als irgend ein anderer.

Diese sozialistische Betätigung führte dann zur Freundschaft zwischen Macmanus und James Conolly, dem er zweifelsohne einen großen Teil seines Wissens sowie die Würdigung der Rolle des nationalen Kampfes in der Revolution verdankte. Als Kind irischer Eltern war es natürlich, daß er sich für den irischen Unabhängigkeitskampf interessierte, und es steht außer Zweifel, daß gerade dieser Umstand in starkem Grade zu seiner langjährigen Freundschaft mit Conolly ebenso mit beigetragen hat wie zu seinen wiederholten Versuchen, zusammen mit Conolly die Gründung einer irischen sozialistischen Partei zu fördern. Er verfolgte deshalb mit gespannter Aufmerksamkeit alle Phasen des irischen Kampfes und war einer der wenigen Sozialisten in England, die die Rolle Conollys in der englischen sozialistischen Geschichte zu würdigen wußten.

Sein Hauptfeld aber lag nicht in Irland, sondern in England. Er hat sich unter den Arbeitern einen Namen gemacht als Pionier der Shop Stewards-Bewegung und als erster Vorsitzender der Kommunistischen Partei. In seiner Betriebsarbeit war er einer der ersten in der Sozialistischen Labour-Party, der die Beschränktheit der Politik der Partei gegenüber dem Industrie-Unionismus begriff. In der für die Arbeiter angesichts der Kettung des



Gewerkschaftsapparates an den Staatsapparat während des Krieges entstandenen Notwendigkeit, ein Ventil für ihre Nöte zu schaffen sowie neue Mittel und Wege des Kampfes ausfindig zu machen, lag die geschichtliche Erklärung für das plötzliche Aufflammen der in den ersten Tagen des Krieges berühmt gewordenen Shop Stewards-Bewegung. Aus dieser Lage heraus entstand denn auch jene elementare Massenbewegung, die Macmanus und andere von der Notwendigkeit überzeugte, das Sektierertum, das in der Sozialistischen Labour-Party vorherrschend war, aufzugeben. Er wurde Mitglied der Exekutive und später, mit dem Wachstum der Shop Stewards-Bewegung und ihrer Ausdehnung zu einer Landesorganisation, ihr erster Vorsitzender.

Nach seiner Verhaftung und seiner 1915 zusammen mit einer Reihe anderer erfolgten Deportation wurde er in ganz England sowohl als auch in Schottland bekannt. Er beteiligte sich an vielen Streiks während der Kriegszeit, und nachdem er 1917 während des großen Konfliktes der Maschinenbauarbeiter, der ihm unter den Massen der Maschinenbauarbeiter große Popularität verschafft hatte, erneut verhaftet worden war, konzentrierte sich seine ganze Arbeit in dieser Zeit auf den Kampf gegen das Sektierertum in der Sozialistischen Labour-Party, auf die Erschließung neuer Wege zur Bekämpfung der Gewerkschaftsbürokratie, auf die Anwendung des Prinzips der Industriegewerkschaftsverbände auf den unmittelbaren Kampf und gleichzeitig auf die Ausnützung des Apparates der alten Gewerkschaftsverbände.

Seine nächste bedeutende Arbeit war seine Tätigkeit zur Gründung der Kommunistischen Partei. Er war, wie viele von uns, stark und tief von der russischen Revolution beeinflusst worden. Diese hatte auf unsere eigenen Erfahrungen ein derart starkes Licht geworfen, daß wir nicht umhin konnten, einzusehen, daß unser Hauptmangel darin lag, daß wir die Rolle der Kommunistischen Partei nicht verstanden hatten. Bis zu diesem Augenblick erschöpfte sich unser Begriff von einer Partei darin, daß wir uns die Partei als propagandistische Körperschaft dachten, die Grundsätze verkündet und den Kapitalismus entlarvt sowie den Klassenkampf propagiert, ohne daß wir dabei verstanden, wie dieser Kampf geführt werden soll. Ich erinnere mich, daß es Genosse Macmanus war, der mich als erster überredete, einer politischen Partei beizutreten. Wir trafen uns inmitten der Gewerkschaftskämpfe des Jahres 1916 und waren überrascht, zu finden, wie sehr wir ähnliche Ideen verfochten hatten, ohne dabei die leiseste gegenseitige Verbindung zu besitzen. Aber immer noch begriff keiner von uns zu jener Zeit die Rolle der Partei so, wie sie uns schließlich durch die Erfahrung der russischen Revolution beigebracht worden ist. Ungeachtet dessen aber machten wir uns, nachdem wir diese Ueberzeugung einmal gewonnen hatten, an die Arbeit, um die Verschmelzung der Sozialistischen Parteien zu einer Kommunistischen Partei herbeizuführen. Genosse Macmanus, Genosse Bell, Genosse Paul, Genosse Stoker und ich bildeten im Jahre 1918 ein Einheitskomitee der Sozialistischen Labour-Party. In allen stattgefundenen Verhandlungen sowie in allen internen Parteikämpfen um die Zustandebringung einer einheitlichen Kommunistischen Partei spielte Macmanus eine führende Rolle. Er zeigte ein außerordentliches Geschick als Verhandlungsleiter und man konnte seiner Fähigkeit, persönliche Reibungen in den

Verhandlungen beizulegen bzw. auszuschalten und eine grundsätzliche Aussprache herbeizuführen, sicher sein.

Wir können in der Tat sagen, daß Genosse Macmanus in den Jahren 1918 bis 1923, als die Kommunistische Partei beschlossen hatte, ohne einen Vorsitzenden auszukommen, die führende Rolle in der Sammlung und Konsolidierung der sozialistischen Kräfte zu einer Kommunistischen Partei gespielt hat. Er war der erste Vorsitzende der Kommunistischen Partei, und seine Aufgabe in den ersten beiden Jahren bestand in der Vollendung dessen, was in den Verhandlungen mit der Britischen Sozialistischen Partei und den anderen Gruppen, die an der Einheitskonferenz teilgenommen hatten, angebahnt worden war. Es war keine geringe Aufgabe, diese Elemente zu einer Vereinigten Partei zusammenzubringen, und die Geschichte schreibt ihm deshalb die Ehre von zwei bedeutenden Leistungen zu: die eine ist die führende Rolle, die er in der Massenbewegung der Arbeiter während des Krieges gespielt hat, und die andere die Rolle als Führer der revolutionären Kräfte, die den Grundstein zur Kommunistischen Partei legten.

Er war kein Meister der Feder und kein großer Organisator, aber er war ein glänzender Propagandist und ein guter Taktiker. Die Partei hatte zwar nach ihrer Reorganisierung 1923 die Stelle eines Vorsitzenden abgeschafft, dennoch aber war Macmanus seitdem ununterbrochen Mitglied des Polbüros und eine Zeitlang Vertreter der Partei beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. In allen hervorragenden Bewegungen in der Geschichte der Partei sowie in allen Kämpfen war er einer der vordersten und stellte stets seinen Mann. Sein erster gesundheitlicher Zusammenbruch erfolgte 1923. Von dieser Zeit an hat er sich nie wieder ganz erholt. Natürlich waren die im Gefängnis ausgestandenen Entbehrungen keinesfalls dazu angetan, seine Gesundheit wiederherzustellen, trotzdem aber nahm er sofort nach seiner Entlassung seine Tätigkeit als Führer der Partei wieder auf. Eine ungeheure Arbeit leistete er während des Generalstreiks und des Bergarbeiterkampfes. Auf seinen Schultern lag auch die beträchtliche Verantwortung für die Leitung der Agitation der Partei im Zusammenhang mit der „Hände-weg-von-China“-Kampagne. Er wurde zur antiimperialistischen Konferenz nach Brüssel delegiert und begab sich dorthin direkt aus der Massenagitation in den Hafenbetrieben der verschiedenen Hafenstädte heraus. Wenige Tage nach der Brüsseler Konferenz kam die Nachricht von seinem Tode. Er starb also angetan mit der Rüstung des Fechters, als ein ausgezeichnete Genosse und energischer Kämpfer, dessen Leben, Arbeit und Kampf sich unter dem Banner der Kommunistischen Internationale vollzog. Er wird nicht vergessen werden, so wenig wie seine Arbeit vergehen wird, denn sie war ein Teil des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse.

J. T. MURPHY.

CHARLES  
E. RUTHENBERG



ARTHUR  
MACMANUS



ROBERT MINOR:  
 DER TOD DES HAUPTGRÜNDERS DER  
 KOMMUNISTISCHEN PARTEI AMERIKAS

Der plötzliche Tod von Charles E. Ruthenberg hat das Präsidium des EKKI eines seiner begabtesten Mitglieder beraubt, die Kommunistische Arbeiterpartei Amerikas ist ihres Führers verlustig gegangen und die Arbeiterklasse der Welt hat einen ihrer kraftvollsten Führer verloren.

Die proletarische revolutionäre Bewegung hat in der amerikanischen Arbeiterklasse nicht so viele, nicht so alte, nicht so tief verwurzelte Ueberlieferungen wie in der Arbeiterklasse einiger europäischer Länder. Als Genosse Ruthenberg starb, war er ein verhältnismäßig junger Führer, doch war in ihm von den Traditionen der Entwicklung des revolutionären Sozialismus und auch von dem Kampfe um die Schaffung der revolutionären Partei Marx' und Lenins in Amerika mehr verkörpert als in irgendjemand sonst. Ruthenberg war jung, aber in der Geschichte der jungen Kommunistischen Partei Amerikas und ihrer revolutionären Vorläufer in der Gestalt der Opposition in der Sozialistischen Partei hat er den Altersvorrang.

Die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten (zu unterscheiden von der ihr vorausgegangenen Sozialistischen Arbeiterpartei) wurde erst gebildet, als die kapitalistische Gesellschaft Amerikas unter dem Donner der Geschütze des spanisch-amerikanischen Krieges von 1898 in die Epoche des Imperialismus eingetreten war. Entstanden in der Periode des Einflusses des Imperialismus auf die Arbeiterbewegung, war die Partei von Anbeginn mit den Krankheiten der Zeit und des Landes behaftet — entweder völlige Vernachlässigung der Gewerkschaften oder aber opportunistische Gewerkschaftsarbeit, kleinbürgerlicher reformistischer Parlamentarismus einerseits und kleinbürgerlicher anarchistischer Individualismus andererseits — ohne eine revolutionäre proletarische Ueberlieferung oder den geringsten Begriff von revolutionärer Disziplin. Diese Lage führte schnell zur Herausbildung von zwei Strömungen. Die revolutionäre Strömung ging aus den Massen der ungelerten Arbeiter hervor, die von der offiziellen Gewerkschaftsbewegung vernachlässigt wurden. Die Wirkung dieser neuen Strömung zeigte sich teilweise in der Organisierung der IWW (Industrial Workers of the World) und im Aufrollen der Fragen der „direkten Aktion“, der „Massenaktion“, der „Sabotage“, die auf die proletarischen Elemente in der Sozialistischen Partei aufwühlend wirkten. Die Verhaftung und der Prozeß gegen William D. Haywood, Führer der IWW und Mitglied der Sozialistischen Partei, dem vorgeworfen wurde, den plötzlichen Tod eines Gouverneurs von Idaho veranlaßt zu haben, und die gewaltige Agitation in der Sozialistischen Partei zu seiner Verteidigung brachten eine Flut proletarischer Elemente in die Sozialistische Partei, die von den reformistischen Führern als ein ungesundes Element angesehen wurden. Haywood, Führer in vielen heftigen Kämpfen der Bergarbeiter, wurde zum Symbol des Losstrebens von der Auffassung der parlamentarischen Aktion als der Hauptstütze der Ar-

beiterklasse. Die Frage der Natur des politischen Kampfes wurde in der Partei in scharfer Stellungnahme gegen die reformistischen Führer aufgerollt, obgleich allzu oft vom anarcho-syndikalistischen Standpunkt aus, der die IWW zu beherrschen begonnen hatte.

Innerhalb der Sozialistischen Partei entwickelte sich eine Krise. Die reformistischen Führer schlugen im Jahre 1912 vor, eine Aenderung der Parteisatzungen anzunehmen, die den Ausschluß jedes Mitgliedes vorsah, das öffentlich für „direkte Aktion“ oder „Sabotage“ eintreten würde, und an diesem Vorschlag entzündete sich das Feuer des Fraktionskampfes.

Charles Emil Ruthenberg, der Sohn eines Hafenarbeiters, ehemals Fabrikarbeiter, später sachverständiger Angestellter eines großen Industriekonzerns, war der Sozialistischen Partei einige Jahre vor diesen Ereignissen beigetreten. In Jahre 1909 war er städtischer Organisator der Partei und in den Jahren 1911 bis 1912 Redakteur eines Parteiorgans in Cleveland im Bundesstaate Ohio, seinem Geburtsort. Bald trat er als ein Führer der Opposition gegen die vorgeschlagene Abänderung hervor. Nachdem die Abänderung angenommen worden war und als der Versuch unternommen wurde, Haywood aus dem Reichsvollzugsausschuß der Sozialistischen Partei auszuschließen, wurde der junge Führer von Ohio ein Führer des linken Flügels des ganzen Landes, der sich in dieser Frage herausbildete. Als der linke Flügel geschlagen und aus der Partei hinausgedrängt worden war, wobei er meist zum Anarcho-Syndikalismus überging, verblieb Ruthenberg innerhalb der Partei und focht weiter erbittert gegen die reformistischen Führer. Von den proletarischen Mitgliedern des Bundesstaates Ohio vergöttert, wurde er im Jahre 1915 zum Mitglied des Reichsvollzugsausschusses der Partei gewählt.

Als die Regierung der Vereinigten Staaten im Jahre 1917 in den Weltkrieg eintrat, war der linke Flügel in der Sozialistischen Partei stark genug, um die Einberufung einer außerordentlichen Konferenz der Partei zu erzwingen, die deren Stellungnahme gegenüber dem Kriege erörtern sollte, und auf dieser Konferenz, die im Sommer 1917 in St. Louis zusammentrat, fiel die Führung des linken Flügels dem feurigen jungen Führer Ruthenberg zu. Ruthenberg und eine Gruppe von Führern, die sich mit ihm herausgebildet hatte, errangen auf der Konferenz die Mehrheit für eine Reihe von Resolutionen, die, obgleich durch Zusatzanträge abgeschwächt, doch eine revolutionäre Tendenz aufwiesen; sie wandten sich darauf an die Mitglieder der Partei und an öffentliche Massenversammlungen mit einer kräftigen revolutionären Propaganda gegen die Regierung und gegen den imperialistischen Krieg. Ruthenberg wurde bald verhaftet und auf ein Jahr in Ohio ins Gefängnis geworfen. Als er freigelassen wurde, stand die Partei bereits in der hitzigsten Revolte gegen die reformistischen Führer und unter dem Einflusse der proletarischen Revolution in Rußland. Es war klar, daß der Kampf um die Beherrschung der Sozialistischen Partei davor stand, zu Ende durchgefochten zu werden, und wieder war Ruthenberg bei der Organisierung eines linken Flügels innerhalb der Partei führend. Der linke Flügel begann die Herausgabe eines Organs, „Das revolutionäre Zeitalter“, in Boston. Ruthenberg, John Reed, Ben Gitlow, Bert Wolfe, Jim Larkin, Nikolai Hourvitch und andere bildeten einen „Rat des linken Flügels“, und dieser Rat organisierte den „Linken Flügel der Sozialistischen Partei“.

Ruthenberg setzte inzwischen seine Massenagitation und seine aktive Führung der örtlichen Organisation der Sozialistischen Partei in Cleveland fort. Am 1. Mai 1919 erreichten die Agitation der örtlichen Organisation unter der Leitung Ruthenbergs und der Widerhall, den diese Agitation bei den Arbeitern fand, ein Massenausmaß in Gestalt einer Kundgebung in Cleveland, in der zum ersten Male die der American Federation of Labor angeschlossenen Gewerkschaften jener Stadt in Massen und bewußt in eine revolutionäre Demonstration eintraten. 40 000 Arbeiter einschließlich der Mitglieder von 50 Gewerkschaften der AFofL marschierten mit ihren Gewerkschaftsbannern in einem gewaltigen Zuge hinter der roten Fahne der Revolution auf. Der Zug wurde von Polizei und von Truppen mit Feuerwaffen und mit Armeetanks angegriffen; der Straßenkampf dauerte viele Stunden, und zwei Polizisten wurden getötet. Die Repressalien nahmen die Form der Zerstörung der Parteilokalitäten an, doch wurde der Mut der Arbeiter dadurch nicht geschwächt. Die Partei wuchs sprunghaft an. Die Führung Ruthenbergs hatte in die Partei ein neues Element hineingetragen.

Kurz darauf veröffentlichte der „Rat des linken Flügels“ seine Programm- und Prinzipienklärung, das berühmte „Manifest des linken Flügels“, das die proletarischen Mitglieder der Sozialistischen Partei aufforderte, sich um die revolutionären Grundsätze des marxistischen Sozialismus nach dem Vorbilde der Oktoberrevolution in Rußland zu sammeln. Als Verantwortliche für die Veröffentlichung dieses Manifestes wurden die Mitglieder des „Rates des linken Flügels“ angeklagt, und die meisten von ihnen wurden verhaftet. Ruthenberg, Gitlow und Larkin wurden im Staate Neuyork zu mehreren Jahren Kerker verurteilt.

Bevor sie ins Gefängnis geschickt wurden, setzten Ruthenberg und andere vom „Rate des linken Flügels“ zusammen mit ähnlichen Gruppen in anderen Teilen des Landes die organisatorische Arbeit zur Gewinnung der Sozialistischen Partei für den sofortigen und bedingungslosen Anschluß an die Kommunistische Internationale fort. In den Tagen, die der Konferenz der Sozialistischen Partei Ende 1919 vorausgingen, zeigte sich innerhalb des linken Flügels in akuter Weise eine Spaltung. Die eine Tendenz war vorwiegend von russischen und anderen slawischen eingewanderten Arbeitern vertreten, die das Empfinden hatten, daß die überlegene revolutionäre Erfahrung der russischen Einwanderer die Uebernahme der Führung des linken Flügels durch sie rechtfertigte. Ruthenberg war der Hauptführer der anderen Strömung, die der Auffassung war, daß die revolutionäre Partei in den Vereinigten Staaten in den proletarischen Massen Amerikas verwurzelt sein müsse. Auch Fragen des für die Spaltung der Sozialistischen Partei besten taktischen Augenblicks trugen zur Spaltung der Kräfte des linken Flügels bei. Ruthenberg zeigte wieder seinen Instinkt für Massenführung, indem er darauf drängte, daß der linke Flügel um die Mehrheit der Partei kämpfe. Die Bürokratie der Partei um Hillquit, die sah, daß die Mehrheit der Parteimitglieder diese Bürokratie hinauswählen werde, nahm inmitten der Parteiwahlen den Ausschluß der größten „fremdsprachigen Verbände“ aus der Partei und auch den Ausschluß der gesamten Parteiorganisation des Bundesstaates Michigan vor. Auf diese Weise sicherte sich die Parteibürokratie die weitere Beherrschung der Sozialistischen Partei; der linke Flügel aber bildete infolge seiner eigenen Spaltung Ende 1919

zwei besondere kommunistische Parteien, die beide zusammen weit mehr Mitglieder hatten, als der Sozialistischen Partei verblieben.

Die Regierung der Vereinigten Staaten, die sehen mußte, wie sich die kommunistischen Organisationen schnell auf Kosten der reformistischen Parteien ausdehnten, organisierte in allen Teilen des Landes eine Reihe gleichzeitiger Ueberfälle auf beide kommunistische Parteien. Viele Tausende Arbeiter wurden verhaftet, und die beiden Parteiorganisationen der Kommunisten wurden vernichtet. Darauf begannen die Kommunisten, gemäß einem vom Genossen Ruthenberg ausgearbeiteten Plane, die illegale kommunistische Bewegung von neuem zu organisieren. Es wurde ein Netz von Zellen im ganzen Lande geschaffen, das aus den festesten Ueberresten der zerschmetterten legalen Parteien bestand. Noch gab es zwei Parteien, und ihre Tätigkeit bestand hauptsächlich in innerer Parteipropaganda, in Streitigkeiten zwischen beiden Parteien und in Diskussionen über mehr oder minder abstrakte theoretische Punkte. Allmählich entwickelte sich die Annäherung an die Massen ein wenig, aber das wichtigste Kennzeichen war das ödeste Sektierertum. Ruthenberg entwickelte eine Reihe von Plänen, um die junge Kommunistische Partei in offenen Kontakt mit den Massen zu bringen; da wurde er (da seine Verurteilung vom Obersten Gerichtshofe bestätigt worden war) in das Neuyorker Sing-Sing-Zuchthaus eingekerkert. Während er im Gefängnis saß, wurden die beiden kommunistischen Parteien vereinigt. Nachdem Ruthenberg Verbindungen mit Genossen außerhalb des Gefängnisses hergestellt hatte, arbeitete er im Gefängnis an einem Plane für die Legalisierung der Kommunistischen Partei. Diese Bemühungen zeitigten ihre Früchte in der Gründung der „Workers Party“ Ende 1921. Kurz nach der Gründung der legalen Partei wurde Ruthenberg aus dem Gefängnis entlassen und wurde Vollzugssekretär der Partei.

Das Entstehen der legalen Partei ging nicht ohne Schwierigkeiten und schwerste Fraktionskämpfe vor sich. Ruthenberg führte ständig und unaufhörlich den Kampf gegen die sektiererischen Anschauungen jener Genossen, die der Ansicht waren, daß die Kommunistische Partei im kapitalistischen Staate notwendigerweise illegal sein müsse. Die Anschauung der Opposition ging dahin, daß die Bildung der legalen Partei der Bildung einer opportunistischen Partei, die den Ansprüchen der bürgerlichen Legalität entspreche, und der Liquidierung der Kommunistischen Partei gleichkomme, und deshalb erhob die Opposition den Kampf gegen die „Liquidatoren“ und versuchte eine neue Spaltung der Partei herbeizuführen, jedoch mit geringem Erfolg. Die Workers Party gewann an Stärke und eroberte sich zumindest ein wenig Zugang zu den Massen. Die illegale Partei wurde beseitigt. Aus der „Workers Party“ wurde die „Workers Communist Party, Section of the Communist International“, die auf legaler Grundlage in den Vereinigten Staaten geschaffen wurde. Ebenso wie die Kommunistische Partei einmal durch einen von Ruthenberg entworfenen Plan einer illegalen Organisation vor der Ausrottung gerettet worden war, so wurde jetzt unter geänderten Verhältnissen die Kommunistische Partei auf einer legalen Grundlage durch einen Plan wiederaufgebaut, bei dessen Ausarbeitung Ruthenberg ebenfalls führend war.

Aber die Frage blieb noch zu lösen, die junge Kommunistische Partei tatsächlich mit den Massen der amerikanischen Arbeiter in Berührung zu



bringen. Diese Probleme wurden von Ruthenberg mit gleicher Beharrlichkeit ins Auge gefaßt. Die Taktik der Aufnahme einer Kampagne für die Bildung einer auf den Gewerkschaften basierten Labor Party wurde zum Schlüssel für die Lage in Amerika, wo die Arbeiterklasse noch innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Parteien verblieben war und nie eine Massenpartei von Arbeitern gebildet hatte, wie dies in den europäischen Ländern zur Regel geworden war. Ruthenberg, der einer der ersten war, die dies begriffen, führte die Partei beharrlich und mit erstaunlich unfehlbarem Urteil auf diesem Kurs.

Am Ende seines Lebens sah Genosse Ruthenberg wieder einer seiner gewohnten Prüfungen entgegen, einer neuen langjährigen Gefängnisstrafe. Im August 1922, während der großen Streiks auf den Eisenbahnen und in den Kohlengruben, führte der Ueberfall der Polizei auf die Konferenz der Kommunistischen Partei in Bridgeman, Michigan, zur Verhaftung vieler Genossen und zur Verurteilung Ruthenbergs zu einer Kerkerstrafe von „unbestimmbarer Dauer“, von fünf bis zehn Jahren. Vor kurzem hat der Oberste Gerichtshof das Urteil bestätigt, und Genosse Ruthenberg wäre bald auf lange Zeit ins Gefängnis gewandert, hätte ihn nicht der Tod ereilt.

Bei der Behandlung der Gewerkschaftsfrage war Ruthenbergs Führung immer von großem Wert. Wenn ein präzises Urteil über heikle Fragen der Organisierung von Gewerkschaften unter unorganisierten Arbeitern, die von der Gewerkschaftsbürokratie verlassen worden waren, erforderlich war, und wenn eine Ueberschätzung der „Legalität“ der Gewerkschaftsbürokratie ein gewisses Zögern hervorrief, eine solche Initiative bei der Organisierung der Unorganisierten zu ergreifen, so verliehen die zwanzig Jahre revolutionärer Arbeit in der Arbeiterbewegung Ruthenberg die für eine richtige Führung nötige Klarheit. Es kam eine Reihe von schnellen Fortschritten der Kommunisten und des linken Flügels in den Gewerkschaften, gefolgt von der gegenwärtigen wilden Gegenoffensive der Bürokratie der AFofL, mit dem Ziele der völligen Vernichtung des linken Flügels und der Niederbringung verschiedener Streiks, in denen die Führung der Kommunisten und des linken Flügels zutage trat, und in diesem noch nicht dagewesenen und überaus wichtigen Kampfe lenkte Genosse Ruthenberg mit fester Hand das Steuer der Partei bis zum letzten Augenblick, da ihn die Krankheit auf das Totenbett warf.

Ruthenberg ist tot. Sein Verlust bringt bitteres Leid und erschwert den Kampf der Partei sehr. Er war von jenem seltenen und unschätzbaren Typus eines Führers, der völlig in seiner revolutionären Partei aufgeht, kein eigenes Leben führt, sondern alles der Partei hingibt. (Eine Ausnahme bildete vielleicht seine außerordentliche Vorliebe für klassische Musik.) In ihm brannte der glühende Haß gegen die amerikanische Bourgeoisie, der ihn bei seiner Aufgabe unaufhörlich anspornte, und er war von einer derart vollkommenen Hingabe an die Sache des Proletariats erfüllt, daß er sich die unbedingte Treue und Liebe jedes Mitglieds der Partei erzwang, die er von ihrem Entstehen bis zum heutigen Tage geführt hat.

W. L A D A :

## DIE GESCHICHTE DES INTERNATIONALEN ARBEITSAMTES ODER DER BETROGENEN ARBEITERLEUTNANTS DER BOURGEOISIE\*

Das Internationale Arbeitsamt des Völkerbundes ist seit seiner Entstehung, d. h. seit sieben Jahren, Gegenstand von unzähligen mehr oder minder „gelehrten“ Untersuchungen. Die obige kurze Abhandlung verdient die Aufmerksamkeit unserer Leser in Anbetracht der Persönlichkeit des Verfassers sowohl des Buches als auch des Vorwortes. Barnes ist ein bedeutender „Arbeiterleutnant der englischen Bourgeoisie“, ein früherer Gewerkschaftsführer, der mit Hilfe der Wahllisten der Arbeitermassen während des Weltkrieges es zum Minister Seiner Königlichen Majestät brachte, und in dieser Eigenschaft als einer der „Paten“ der „Internationalen Arbeitsorganisation“ auftrat. Vandervelde, der ehemalige Vorsitzende der II. Internationale, ist eine in der Porträtgalerie der Sozialverräter dermaßen bekannte Figur, daß er keiner weiteren Empfehlung bedarf; er interessiert uns hier nur als einer derjenigen, die 1918 bis 1919 von Wilson, Lloyd George und Clemenceau dazu berufen wurden, einen ideologischen und organisatorischen Damm zum Schutz der Bourgeoisie vor der drohenden bolschewistischen Ueberschwemmung aufzuführen. Es ist deshalb von einem gewissen Interesse, was diese Herrschaften über ihre „Internationale Arbeitsorganisation“ der Welt zu sagen haben.

Man kann vor allem darauf neugierig sein, was Vandervelde und Barnes dem Leser Neues über die Entstehung des IAA zu erzählen haben. Es muß betont werden, daß sie alles in dieser Hinsicht Wesentliche und Wichtige auf das Sorgfältigste verschweigen. Wir können von Herrn Vandervelde nur erfahren, daß Herr Barnes, „dieser ehemalige Gewerkschaftssekretär und nachmalige Minister eines Reiches, in dem die Sonne nie untergeht“ (dieser Umstand flößt dem gewesenen Vorsitzenden der II. Internationale unbedingte demütige Hochachtung ein), ein vorzüglicher bürgerlicher Diplomat ist, der angeblich sogar Wilson, Lloyd George und Clemenceau davon zu überzeugen gewußt hat, das Versprechungen, wie der Achtstundentag, das Lohnminimum usw., für die Bourgeoisie sehr ersprießlich seien. Wir können desgleichen von Herrn Vandervelde erfahren, daß der hartgesottene soziale Demagoge Lloyd George, der sich während des Weltkrieges in einen verbissenen Kriegsdemagogen verwandelte, ihn zur ungesäumten Rettung der Sache der „Internationalen Arbeitsorganisation“ in seinem Flugzeug von Brüssel nach Paris mitgenommen habe. Die aufschlußreichen Kenntnisse, die uns Vandervelde in bezug auf das IAA zuteil werden läßt, gipfeln in der Mitteilung, die berüchtigte „Charte der Arbeit“ (d. h. der bekannte sozialdemokratische 13. Abschnitt des Versailler Vertrages) sei das Ergebnis von Abmachungen zwischen ihm und Barnes (wir fügen von uns aus Gompers hinzu) einerseits und Lloyd George sowie dem konservativen kanadischen Minister Borden andererseits.

Von dem zuverlässigeren Gewerkschafter Barnes erfahren wir etwas mehr als von dem Schwätzer und Politikaster Vandervelde. Barnes erklärt obenhin, daß es eines der Ziele des Völkerbundes gewesen sei, einem „Krieg aus Anlaß der Arbeitslöhne“ (d. h. dem Klassenkampf) vorzubeugen. Er verheimlicht auch keineswegs, daß es zu den Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes gehörte, die weiter entwickelten Industrieländer mit einer gewissen Arbeitergesetzgebung (insbesondere das „große“ Britannien) vor der „Schmutzkonkurrenz“ der jungen Länder zu bewahren, in denen die ursprüngliche kapitalistische Akkumulation keinerlei Beschränkungen in der Ausbeutung der Arbeitskraft zuläßt (Indien, Japan, China). Und nicht ohne eine gewisse Sympathie hören wir, wie Barnes die „Advokaten der Arbeitersache“ von der Art des französischen Schönredners Jouhaux leicht bespöttelt. Diese Herren schlugen den Exponenten des Kapitalismus vor, „Arbeitscharten“ zu verfassen und zu unterschreiben, die dazu angetan waren, gewisse Schichten der Arbeiterklasse in gefährliche Versuchungen zu führen. Die Kapitalisten-

\* George N. Barnes: History of the International Labour Office, Preface by Emile Vandervelde, Minister of Foreign Affairs of Belgium, London 1926, 106 P.

führer und ihre proletarischen Handlanger bekunden dieser Phrasenhaftigkeit ihre Verachtung. Aber indem wir Barnes Gerechtigkeit widerfahren lassen, müssen wir darauf hinweisen, daß auch er die wahren Beweggründe zur Schaffung des IAA verschweigt, daß er uns vorenthält, was aus diesem Anlaß der amerikanische Delegierte zur Pariser Konferenz 1919, Professor Shotwell, erzählt hat, was im Jahre 1921 der „Direktor“ des IAA, Albert Thomas, ausgeplaudert hat, was (öffentlich oder in Geheimerichten) die Schöpfer des „neuen“ Europa, Wilson, Lloyd George und Clemenceau gesagt haben: daß die Arbeitsscharte und das Internationale Arbeitsamt als Mittel dienen, um einerseits die rückständigen Massen und andererseits die von der Bourgeoisie materiell sichergestellten und bestochenen Schichten der Arbeiterklasse vom Bolschewismus abzulenken.

Wir wollen nicht bei Barnes' Beschreibung der Zusammensetzung des IAA verweilen. Barnes unterscheidet sich vorteilhaft beispielsweise von solchen „Historikern“ des IAA, wie die deutschen Sozialdemokraten Baumeister oder Feilinger. Als wirklichkeitstreuere Vertreter der liberalen Arbeiterpolitik verschweigt er nicht, daß die „Klassenstruktur“ dieser Organisation (Vertreter der Regierungen, der Unternehmer und der Arbeiter) das Ziel verfolgt, den Klassenkampf durch die Klassenzusammenarbeit zu ersetzen („Behebung der Meinungsverschiedenheiten durch die Vernunft, nicht durch die Kraft“).

Am interessantesten für uns ist das sechste Kapitel, das von den Errungenschaften des IAA handelt. Gewiß dürfen die Erwartungen nicht zu hoch geschraubt werden. Der Vertreter der liberalen Arbeiterpolitik, der Arbeiterleutnant der imperialistischen Bourgeoisie, wird uns keine marxistische Darstellung der Tätigkeit des IAA geben. Aber gerade in seiner Eigenschaft als liberaler Arbeiterpolitiker offenbart er gewissermaßen die Klassenwesenheit dieser Einrichtung da, wo der Sozialdemokrat sie heuchlerisch verhüllt. Das IAA, sagt Barnes, gefährdet und untergrub sein „moralisches Prestige“, als es in der ersten Zeit (auf der ersten Washingtoner Konferenz 1919) zu viel erreichen wollte. Gegenwärtig ist es bescheidener: es empfiehlt den Regierungen nur die Verwirklichung dessen, was diese selbst zu verwirklichen bereit sind. Ferner ist das IAA, wie es sich aus der Darstellung von Barnes selbst ergibt, und was für die richtige Erkenntnis des Klassen- und imperialistischen Wesens dieser Institution äußerst wichtig ist, ein recht brauchbares Werkzeug in der Hand der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, insbesondere Britanniens, um den hinsichtlich der kapitalistischen Entwicklung jüngeren östlichen Ländern eine Arbeitergesetzgebung aufzuhalsen und so die Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt einander anzugleichen. In dieser Hinsicht sind einige, von Barnes angeführte Tatsachen (in bezug auf Japan, China, Indien, Persien) besonders kennzeichnend; die Rolle des IAA ähnelt im internationalen Maßstab der von Marx im 1. Band des „Kapitals“ so glänzend geschilderten Rolle der fortgeschrittenen Industriezweige in der Entwicklung der nationalen Arbeitergesetzgebung. In bezug auf die „alten“ Nationen jedoch hat das IAA vollkommen versagt. Hier ist Barnes viel wahrheitsgetreuer als Albert Thomas.

Die letzten Schläge, die dem Geschöpf von Albert Thomas durch das englische Gesetz über den Achtstundentag für die Bergleute, insbesondere jedoch durch den Erlaß der italienischen Regierung über die Einführung des Neunstundentages versetzt wurden, sind — nach dem Geständnis von Albert Thomas selbst — „ein rauher Wind, der den früheren Glauben an die Sache des IAA umzustößen droht“. Aber Albert Thomas klammert sich an seinen „Glauben“ und fragt: „wer könnte sich denn bei allem kühnen Glauben vorstellen, daß eine Revolution wie der Achtstundentag (sic!) . . . sich ohne Vorfälle, ohne Komplikationen, ohne Rückwärtsbewegung vollziehen werde?“ Barnes sagt aufrichtiger: „Wir erwarteten viel, erreichten jedoch in den meisten alten Ländern nur wenig“. Und wenn in den „neuen“ Staaten — wie Polen, Estland, Rumänien, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Lettland, Finnland —, die eine bedeutend größere Eilfertigkeit in der Ratifizierung der Abkommen zeigen, das IAA formale Errungenschaften aufweist, so stellt Barnes durchaus berechtigt die Frage, ob in diesen Ländern die Arbeitergesetzgebung in der Tat oder nur auf dem Papier Geltung habe. Hinsichtlich der „alten“ Staaten liegt die Sache jedenfalls noch trauriger, als Barnes sie geschildert hat. Es ist hier durchaus angebracht, an die von Albert Thomas im obengenannten Aufsatz dargestellte Geschichte der Verwirklichung (richtiger gesagt — der Nichtverwirklichung) des Washingtoner Uebereinkommens über den Achtstundentag zu denken. Jedenfalls konstatiert Barnes noch vor der Bekanntmachung des Juligesetzes gegen die Bergarbeiter, noch ehe der vollständige Durchfall der berüchtigten Londoner Abmachung zwischen den Arbeitsministern der wichtigsten Industrieländer evident geworden war: „Das Fazit ist schlecht; kein einziger europäischer Industriestaat hat die Konvention über den Achtstundentag ratifiziert“. Barnes ist vorurteilsfrei genug, um festzustellen, daß sein Vaterland sich durch ein besonders feind

seliges Verhalten gegenüber den vom IAA ausgearbeiteten Konventionen auszeichnet, und das sogar in solchen Fällen, in denen die Interessen der englischen Kapitalisten weniger bedroht sind als die Interessen der Kapitalisten in anderen Ländern. Ist dieser Umstand eine Zufallserscheinung? Gewiß, für Barnes und seinesgleichen ist dies nur ein einfacher „Irrtum“ der englischen herrschenden Klassen. Für uns Marxisten-Leninisten ist es vollkommen gesetzmäßig, ist es das Resultat der Zersetzung des Kapitalismus, die sein imperialistisches Entwicklungsstadium kennzeichnet, und die im besonderen für England, das älteste „klassische“ Land des Kapitalismus, eigentümlich ist. Der Zusammenbruch der mit Hilfe des IAA ersonnenen „Sozialreform“ ist für uns ein Ausdruck für den Bankrott des Kapitalismus, eine Erscheinungsform der sich entfaltenden internationalen Revolution.

Wir begrüßen deshalb Barnes' Schlußfolgerungen. Er sagt:

„Ich bin fest überzeugt, daß die Regierungen der alten Staaten einen aktiveren Anteil (an der Arbeit des IAA) als bisher nehmen müssen, wenn Genf sich das Vertrauen der Arbeitermassen bewahren will. Dieses Vertrauen ist eine wesentliche Voraussetzung für den vollen Erfolg. Darin besteht die Gefahr für die Genfer Institution. . . . Gegenwärtig bestehen besondere Gründe dafür, daß alle diejenigen das IAA unterstützen, die in der Ordnung und in der Verbesserung der sozialen und industriellen Verhältnisse auf dem Wege der Evolution den Fortschritt zu sehen wünschen. Die Kräfte der Unordnung und der Anarchie sind aktiv und skrupellos, besonders auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen. Wenn die Regierungen dem IAA ihren Beistand entziehen, kann die Arbeit auf die Seite der Revolution hinübergezogen werden.“

Wir begrüßen diese Schlußfolgerungen, da sie, verglichen mit den Schlüssen von Albert Thomas in dem oben genannten Aufsatz, verglichen auch mit den seit drei, vier Jahren laut werdenden Beschwerden der Führer der Amsterdamer Internationale an die Adresse des IAA und der kapitalistischen Regierungen, dafür sprechen, daß die Stellungnahme der Komintern in bezug auf den Reformismus nach wie vor richtig ist und daß bald die Stunde ihrer Rechtfertigung durch die Geschichte schlagen wird. Die Arbeiterleutnants der imperialistischen Bourgeoisie, die sich ihr ergeben haben, um die soziale Revolution zu verhindern, die seit 1918 versuchen, die Arbeitermassen mit dem Schemen der Sozialreform zu überlisten, sind selbst die Betrogenen. Die Geschichte wird dafür sorgen, daß sie für ihren Verrat an der Arbeiterklasse den gebührenden Lohn empfangen.